

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Bezahlschrift: Tageblatt Riesa.

Periodus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des

Stadts der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststelle: Dresden 1530

Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 4.

Dienstag, 6. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Böhne und Materialkosten bezahlen wir uns das Recht der Preisernhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemüthe für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 2. zum zweiten, 3. zum dritten Grünschrift-Zeile (Silber) 2 Gold-Pfennige; die 8. zum zweiten Tellergenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und nobelischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tafeln für bewilligter Fahlheit zulässig, wenn der Zeittag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Dresdner oder der Förderungseinrichtungen - hat der Besitzer keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachleistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Nach der Ueberreichung der Ententenote.

Berlin, 6. Januar 1925.

Wenige Stunden vor dem Zusammentritt des Reichstags waren die Vertreter der alliierten Mächte beim Reichskanzler Dr. Marx, um die Note wegen der Räumung der Kölner Zone zu überreichen. Das Interesse der parlamentarischen Kreise konzentrierte sich selbstverständlich sofort auf den Inhalt dieser Note, die gerade im gegenwärtigen Augenblick der Regierungsbildung eine nahezu entscheidende Rolle spielt. In den Wandelsungen des Reichstages entstanden unter den Abgeordneten sehr lebhafte Diskussionen, bei denen allgemein die Aussicht zum Ausdruck kam, dass die außenpolitische Lage in den nächsten Wochen sehr ernste Bedrohung erwecken wird. Wenn auch die Note nicht ganz so scharf ausgedehnt ist, wie man es nach den ersten Anündigungen erwartet hatte, so enthält sie doch immerhin starke Zumutungen an Deutschland, die es jeder neuen Regierung außerordentlich schwer machen werden, zu einer Lösung des gegenwärtigen Konfliktes zu gelangen. Besonders bedenklich ist jedenfalls der Umstand, dass die alliierten Regierungen keine bestimmte Frist angeben, nach deren Ablauf die Besetzung der Kölner Zone aufgehoben werden soll. Wenn immer wieder angekündigt wird, dass die Räumung im Mai gestoppt werden könne, so ist doch in Deutschland gerade im jetzigen Augenblick nicht genügend Vertrauen zur Gegenfeinde vorhanden, um sich dadurch beruhigen zu lassen. Immerhin steht fest, dass die neue Regierung in der auswärtigen Politik auf die rechte Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der radikalen Opposition, rechnen kann.

Die Note der alliierten Mächte wird so schnell als irgend möglich von Deutschland beantwortet werden. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Antwort höchstwahrscheinlich schon vor Ablauf dieser Woche, spätestens aber zu Beginn der kommenden Woche erfolgen.

Die Stellungnahme der maßgebenden deutschen Regierungskreise steht selbstverständlich schon jetzt fest. Deutlicher wird gegen die Verschiebung der Räumung der nördlichen Zone in der nachdrücklichsten Weise Protest erhoben werden, und zwar wird die deutsche Regierung dem alliierten Standpunkt widersprechen, wonach es nicht möglich gewesen sei, schon jetzt eine Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Die Forderung nach Verhandlungen wird zwar in nachdrücklicher Form wiederholt werden, aber es ist schon jetzt vorzusehen, dass die deutsche Regierung nicht etwa ein direktes Verhandlungsaufgabe machen wird, sondern in der Hoffnung darauf besteht, dass die noch kritischen Fragen auf dem Verhandlungswege restlos geklärt werden.

In den unterrichteten Kreisen will man wissen, dass die Interpretation der Note, die durch die alliierten Botschafter selbst erfolgt ist, der Reichsregierung vollkommen ungenügend erscheint, und dass daher die Absicht besteht, durch die deutschen diplomatischen Vertreter bei den Ententemächten bestimmte Rückfragen zu stellen.

In einigen Blättern wird angedeutet, dass es wahrscheinlich in der Räumungsfrage zu einem Kompromiss zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten kommen wird; wie wir durchaus von unterrichteter Seite erfahren, kann im gegenwärtigen Augenblick hierauf kaum die Rede sein. Gerüchte bestehen noch einige Möglichkeiten, denn gegenwärtigen Konflikt die Spitze abzubrechen, aber es muss bestont werden, dass der Reichsregierung offiziell noch kein Kompromisvorhaben zugesagt ist und sie von sich aus absolut nicht in der Lage sein wird, den Gegnern irgendwelche Angebote zu machen. Die Wege zu einer friedlichen Lösung können sich lediglich durch direkte Verhandlungen ergeben, bei denen die Reichsregierung immer nur auf den deutschen Rechtsstandpunkt hinweisen kann.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 5. Januar. Die Kollektivnote der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone lautet in deutscher Übersetzung:

Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 besagt, dass um die Ausführung des genannten Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenkopfe während eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der Alliierten und Assoziierten Mächte besetzt bleibent.

Gemäß den Bestimmungen des Artikel 429 wird die in Artikel 428 vorgegebene Beziehung, wenn die Bedingungen des genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt werden, nach und nach bei Ablauf der ersten fünf, dann der ersten zehn Jahre eingeschränkt werden.

Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der Deutschen Regierung, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, dass sie den Beweis dafür erhalten haben, dass Deutschland die im Artikel 429 vorgegebenen Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Vergünstigung der Bestimmung über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig werden zu können.

So sind, wenn man nur den Teil V des Vertrages in Betracht zieht, die von der Interalliierten Militärkontrollkommission trotz gewisser Widerstände, denen sie begegnet ist, gesammelten Nachrichten über den Stand der Ausführung der militärischen Bestimmungen hinreichend, um diese Entscheidung der Alliierten Regierungen zu bestätigen.

Es sind z. B. um nur einige wesentliche Punkte unter den schon jetzt bekannten Tatsachen hervorzuheben, die folgenden Feststellungen gemacht worden:

In Verlesung des Artikels 160 ist der Große Generalstab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt worden.

In Verlesung des Artikels 174 sind Freiwillige auf kurze Zeit eingekettet und ausgebildet worden.

Entgegen dem Artikel 168 ist die Umstellung der Briefen für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt.

Entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausbildung festgestellte überzähligkeite Befände jeder Art vorhanden, und es sind bedeutende unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden.

Entgegen dem Artikel 162 sowie dem Beschluss der Konferenz von Boulogne vom 19. Juni 1920 hat die Unorganisation der staatlichen Polizei noch nicht begonnen.

Entgegen dem Artikel 211 hat die Deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzgebenden und Verwaltungsmassnahmen getroffen.

Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem baldigen Eintreffen des Berichts der Interalliierten Kontrollkommission, der die Generalinspektion der im Gange befindlichen Generalinspektion wiedergibt. Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen, zu bestimmen, was von Deutschland noch erwartet werden muss, damit seine Verpflichtungen auf militärischem Gebiet gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden können; eine weitere Mitteilung hierüber wird der Deutschen Regierung später zugehen.

(1925) C. della Faille
B. de Margerie
B. de Baudart.

(Berl.) E. della Faille
D'Albionou
Honda.

Bei der Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandzone erscheint „B. T. B.“ an zufriedener Stelle, dass sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone erhoben worden sind. Die in der Note zusammengefassten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, dass es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die Deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe solange zurückzuhalten, bis ihr die angekündigten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, dass dies bald geschieht. Schon jetzt stellt die deutsche Regierung fest, dass der Stand der Entzweiungsklage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in klarster Art ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

Der Ueberreichungsalt.

Berlin. Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans und der belgische Gesandte haben gestern mittag 12½ Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichskanzler die Kollektivnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter als Plenigaster wies, ohne die Note zu verlesen, auf ihre besondere Bedeutung sowie auf die Tatsache hin, dass sie von den alliierten Regierungen selbst ausgebe. Zugleich hob er hervor, dass in der Note eine weitere Mitteilung der alliierten Regierungen angekündigt werde, die der deutschen Regierung zugehen werde, sobald der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission erstattet sei. Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, dass er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen werde. Am übrigen beschönigte er sich auf die Bemerkung, dass allerdings über die Bedeutung der Note kein Zweifel bestehen könnte, und dass er sie dem Reichskabinett vorlegen werde.

Die Note vor dem Reichstag.

Berlin, 6. Januar. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, wird die Note der alliierten Mächte zu einer großen außenpolitischen Debatte im Reichstag führen. Der Außenminister Dr. Stresemann bedauert, sich am Mittwoch mit den Führern der Reichstagparteien in Verbindung zu setzen, um sie über den Standpunkt der Reichsregierung zu informieren. Im Anschluss daran dürfte gleich nach Eröffnung der Debatte über das Regierungsprogramm der Außenminister in einer Rede vor dem Reichstag die Haltung Deutschlands in der Räumungsfrage darlegen und die Antwort der Reichsregierung anfordern. In den unterrichteten Kreisen verlautet, dass eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages im Laufe der nächsten Woche einberufen werden wird, in der die geläufige außenpolitische Lage zum Gegenstand einer Aussprache gemacht werden soll.

Zur Regierungsbildung.

Abg. v. Aries und Neuhaus lehnen ab.

(Berlin). Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat ebenso wie der Landtagsabgeordnete von Aries auch der für ein überparteiliche Kabinett in Frage kommende Ministerialdirektor A. A. Neuhaus, wenigstens zurzeit, den Eintritt in eine solche Regierung abgelehnt.

(Berlin). Wie die Blätter zur Regierungsbildung im Reich betonen, werden nach Ablehnung des deutschnationalen Landtagsabgeordneten von Aries und des Ministerialdirektors Neuhaus die Verhandlungen vom Reichskanzler Marx fortgeführt, und die „Zeit“ erklärt, es besteht kein Grund, sie für aussichtslos zu halten. Von den Blättern wird nochmals die enge Verbindung der Regierungsbildung im Reich mit der in Preußen hergestellten. Besondere Bedeutung wird von den Blättern der letzten Entscheidung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums beigeschrieben, ob die Partei auch ohne weitere Beteiligung der Deutschen Volkspartei in der Koalition verbleiben werde. Denn eine solche Regierung würde zwar ein positives Vertrauensvotum nicht erzielen können, jedoch würde es im Landtag auch keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum geben.

Kurze Lebensdauer der neuen Regierung.

Berlin, 6. Januar. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, redet man nur mit einer ganz kurzen Lebensdauer der neuen überparteilichen Reichsregierung, die sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite wenig kompatibel aufgenommen wird. Besonders verstimmt ist man in den Kreisen der Demokraten und Sozialdemokraten, die in den innerpolitischen Fragen zur Opposition überzeugt sind, falls dies von Fall zu Fall notwendig werden sollte. Auch in den Zentrumskreisen redet man damit, dass spätestens im Januari die Regierungsbildung auf parlamentarischer Basis durchgeführt werden wird, und dass der gegenwärtige Zustand nicht unnötiger Weile verlängert wird. Die Regierung müsste in dem Augenblick einem parlamentarischen Kabinett Platz machen, wo die neuen außenpolitischen Schwierigkeiten überwunden sind. Die volksparlamentarischen Führer halten übrigens die neue Lösung für eine sehr günstige Vorbereitung zur Bildung einer Regierung des Bürgerblocks, die unbedingt zustande kommen werde, wenn es jetzt gelingt, das Misstrauen des Zentrums gegen die Mitarbeit der deutschnationalen Partei zu überwinden.

Das deutsch-französische Wirtschaftsprovisorium.

Berlin, 6. Januar. In den Berliner Regierungskreisen bestätigt man, dass infolge der noch immer bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der französischen Regierung bereits vor dem 10. Januar ein provisorisches Abkommen getroffen werden soll. Dieses Provisorium regelt immerhin die wichtigsten handelspolitischen Fragen und kann als Übergangsstadium den beiderlei Interessen gerecht werden. Mit diesem Schritt entfallen auch alle von französischer Seite ausgetretenen Gerüchte, wonach sich die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges ergäbe. Diese Gefahr hält man in Berliner Regierungskreisen für nicht gegeben, sondern man ist vielleicht der Meinung, dass bei beiderseitigem guten Willen doch noch brauchbare Voraussetzungen für einen deutsch-französischen Handelsvertrag geschaffen werden können.

Rücktritt der preußischen Regierung?

Berlin, 6. Januar. Der Rücktritt des preußischen Ministeriums Braun ist unvermeidlich geworden, nachdem die preußische Regierungsfrage durch die Deutschen Nationalen Partei aufgerollt worden ist. Wie wir hören, ist eine Entscheidung über die neue Koalition in Preußen zur Stunde noch nicht gefallen, aber es hat den Anschein, als werde es der Deutschen Volkspartei gelingen, die Wiederherstellung der großen Koalition zu verhindern. Inwieweit die preußische Zentrumskoalition bereit sein wird, eine Rechtskoalition in Preußen mitzumachen, läuft sich schwer übersehen, da das Zentrum im Reiche entchieden gegen eine solche Lösung ist und durch seinen Führer einen starken Druck auf die preußische Zentrumskoalition ausübt.

Die preußische Regierungsfrage wird, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, noch erheblich größere Schwierigkeiten als das Regierungsproblem im Reiche bereiten. Die Deutsche Volkspartei hat vorläufig noch keine entscheidenden Schritte unternommen, aber es steht schon jetzt fest, dass sie gegen die Wiederherstellung der großen Koalition in Preußen eintreten wird. Augenblicklich finden bereits inoffizielle Gespräche zwischen den volksparlamentarischen und den Zentrumsführern des preußischen Landtages statt, die sich um die Frage der Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen drehen. Das preußische Zentrum ist jedoch entschlossen, eine Rechtskoalition auch in Preußen abzulehnen und steht in Ansicht, dass es sich mit den anderen bisherigen preußischen Regierungsparteien in Verbindung legen wird, um zum mindesten eine Regierung der Mitte in Preußen zu stande zu bringen. Die Bildung einer Regierung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ist zur Zeit noch nicht in Erwähnung gebracht worden.

Oertliches und Sächsisches.

Niea, den 6. Januar 1925.

* Kirchliches. Am vergangenen Sonntag versammelte sich die Niesaer Gemeinde zu einer ersten Heimstunde in der Trinitatiskirche, um von ihrem d. Geistlichen, Herrn Pfarrvikar Brunnenmann, Abschied zu nehmen. Der Missionspaukenchor brachte ihm den Abschiedsgruß mit der besonders schön vorgesungenen Motette: „Der Herr ist mein Hirt“, dann nahm der Abschieds prediger selbst das Wort auf Grund von Eph. 6, 10: „Achte meine Brüder, seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke.“ Er führte u. a. aus: daß es Dinge in unserem Leben gäbe, die wir niemals lernen, und dazu gehöre das Abschiednehmen. Das wisse ein jeder, der einmal von Freunden habe geben müssen, mit denen er sich zusammengelebt hatte, und dieser Gesühls könnte auch er sich nicht erwehren, da er von dieser Gemeinde gehen müsse, der er zwar nur kurze Zeit habe dienen dürfen, von der er aber so viel Beweise treuer Liebe und Unabhängigkeit empfangen habe. Doch wichtiger als alles Persönliche sollte in dieser Abschiedsstunde das Gotteshilf sei. Um es recht zu verleben, suchte der Prediger Jesu Stärke in das rechte Licht zu stellen. Seine Stärke habe nicht in seiner übermenschlichen Natur bestanden — wie könnte dann seine Stärke unsere Stärke werden? — auch nicht in seiner Sünderlosigkeit — wie sollten wir zur Sünderlosigkeit gelangen? — sondern in seinem willigen Gehorsam gegen den Vater, in der Abhängigkeit seines ganzen Tuns und Handens von dem Vater. Gehorshafter Glaube, das ist es, was ihn stark macht. Dies Geheimnis seiner Stärke müssten wir ihm ablauschen; wie er mit dem Vater eins war, so müssten wir mit Jesus eins und von ihm abhängig werden. Ein gehöriges Kern unserer Person, dort, wo Gewissen und Wille täglich zehn- und zwanzigmal anzumachen haben, was geschieht soll, müsse als ausschlaggebende Stimme der Seele Dein das Wort führen. Solche Abhängigkeit vom Herrn rüste uns aus mit Mut und Zuversicht. Fröhlichkeit und Tapferkeit. In der Macht seiner Stärke gelte es stark zu werden, und dies Wort wolle er, der Prediger, gerade beim Abschied der Gemeinde recht eindringlich machen. Er mahnte, stark zu sein im Herrn, daß wir die Gebrechen unseres Volkes sehen und wagen, aus dem Trümmerhaufen ein Neues zu schaffen; er mahnte all die Trauernenden, denen er draußen an den offenen Gräbern Trost aufzusprechen durfte, stark zu sein im Glauben, daß Gott lautere Gedanken des Friedens und nicht des Leides über sie habe; er mahnte seine jungen Freunde vom Jungmännerverein, von denen ihm der Abschied besonders schwer falle, stark zu sein in dem Kampf und in den Aufgaben, die der Jugend bevorstehen; er mahnte die Lebendmütigen: seid stark in dem Herrn! Unter Volk braucht Männer und Frauen, die stark geworden sind im Herrn, starke Charaktere. Im Herrn, das sei schließlich der Name, in dem man sich zum Abschied die Hände reichen wolle, und in dem Vertrauen, daß seine Wille überall sich durchsetzen werde. — Die Feier schloß mit dem Segen mit Orgelbegleitung. — Herr Pfarrvikar Brunnenmann übernimmt nun mehr eine Hilfsgeistliche Stelle in Neuhaußen bei Sanda. Obgleich dem von hier scheibenden, allseits hochgeschätzten Geistlichen in seiner neuen Wirkungsstätte reichster Segen beschieden sein.

* Berichtsschluß. Der Wiederbeginn des Unterrichts an den biesigen städtischen Schulen erfolgt morgen Mittwoch.

* Diebstahl. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden aus dem Grundstück des Fleischermeisters Hamm in Oppitz drei Hufe gestohlen. Einige Wahrnehmungen wolle man der Polizei melden.

* Weihnachtsfeier. Der Zweiverein Niesa der „Sächsischen Fecht-Schule“, welcher schon seit 1907 alljährlich zu Weihnachten Gaben verteilt, und zwar in hilfer Weise, war dieses Jahr einmal von leichterer Begegnungkeit abgesehen und batte am vergangenen Sonntag vormittags 55 hilfsbedürftige alte Mütterchen, Witwen und ältere Männer nach dem Saale der „Gärtnerstraße“ geladen, alswas von freihändigen Händen ein reicher Gabentisch aufgebaut war. An langen weißgedeckten Tafeln nahmen die Geladenen Platz und wurden vom 2. Vorsitzenden J. Voynicki herzlich begrüßt. Stimmungsvoll erklang dann beim strahlenden Weihnachtsbaum von einem Doppelquartett des M.-G.-V. „Sängerkreis“ das Lied „Stille Nacht, heilige Nacht.“ Hierauf erging Herr Pfarrvikar Brunnenmann das Wort zu einer Ansprache, in der er die Erwähnenden in die Kinderzeit zurückverlegte und weiter etwa folgendes ausführte: Weihnachten, wahrlich, ist das Fest für die Kinder, für große und kleine, junge und alte. Ein Fest der Liebe, denn lebt, welche eine Liebe ist es, Gottes Kind zu bekehren, und das ist der Auspruch dieses Festes, die Liebe. „So liebt nicht werdet wie die Kinder, werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen.“ „Sünd ich doch den Weg zurück ins liebe, alte Kinderglück! Weicht du es noch, wie es war in den Tagen unserer Kindheit, denkt du noch an die wunderselige Weihnachtszeit in der Kinderstube? Weicht du noch, wie es war, wenn der Heilige Abend kam und wir süßteln, wie die Engel vom Christbaum auf untere klappenden Kinderbergen herunterflogen oder wie sahen das Christkind in der Krippe? Weicht du noch, wie es damals war? Ja, da waren wir glücklich und sind es heute wieder in der Erinnerung an diese schöne Zeit. Wollen wir redete Weihnacht feiern, da muß unser Herz mitklingen. Gottes Kind zur heiligen Weihnacht reiht sich unter Herz mit Freude und Freude erfüllt und zwar mit einem Frieden, der höher ist als alleirdische Güter. Wir wollen heute noch einmal Weihnachten feiern so wie als Kinder und die Gewißheit mitnehmen, daß uns Gottes Liebe aus neue offenbart wird. — Wenn nun heute gebende Hände sich aufgetan haben, und allen noch eine Weihnachtsfreude zu bereiten, dann blüht auch dankbar zum Himmel empor, denn die Gabe, die aus Menschenhänden kommt, kommt augleich aus Gottes Hand. Dann läuft uns dankbar zurückden an unsere Kinderweihnacht, noch einmal an die frohe Weihnachtsbotschaft: Ehre sei Gott in der Höhe! Gott der Herr segne eine jede Gabe, die ihr jetzt in Empfang nehmen werdet! — Eherlicher Dank wurde dem gesuchten Kanzelredner ausgesprochen, Dr. N. überreichte ihm als Abschiedsgruß eine Blumenpende, und als dann Herr Brunnenmann, der sich während der kurzen Zeit seines Hierseins so viele Freunde erworben, zum Abschied noch einmal all den Mütterchen herzlich die Hand drückte, da sah man manche Träne rollen und aus aller Herzen stieg wohl der Wunsch auf: viel Glück im neuen Weltungstreite für den von Niesa scheibenden Herrn Brunnenmann! — Auch für das leibliche Wohl der Bedienten war Sorge getragen worden: sie erhielten je einen Tropf kräftige Fleischbrühe, sowie Würstchen mit Kraut. Die Weisen bestanden in unzähligen Kleidungsstücken nach Wunsch soweit er zu erfüllen war, ferner erhielt jedes 1 Stollen, Fleisch, Bulet, Röster und Käse, sowie Apfel. — Herr Wittig wies nochmals auf die Biene des Fecht-Schule hin, dabei erwähnend, daß wohl die meisten Anwesenden heute einen lieben Bekannten, einen wahren Freund der Hilfsbedürftigen in unseren Reihen vermissen: unseren 1. Vorsitzenden Kurt Mohrberg, der noch diese Feier mit vorbereitet und den wie noch vor dem Feste zu Grabe tragen mussten. Durch Erbeden von den Blüten ehrt man das Gedächtnis des Verstorbenen. — Das Doppelquartett, dem auch an dieser Stelle herzlicher Dank geübt sei, ließ zur Unterhaltung der Anwesenden noch manches schwere Lied erklingen. Hauptsächlich bildete die einfache Feier allen Beteiligten — Besuchten wie Gästen — eine angenehme Erinnerung und lädt der

Fechtschule neue Freunde zu, damit sie in der Lage ist, auch

zuer zu bestreitend einzutreten, wo es nötigt. —

* Das Aufwertungsgesetz in Vorberichtigung. Wie der Opposizioni-Gläudiger-Schwerpunkt für das deutsche Reich erläutert, ist eine aus Delegierten des Reichs-, Finanz- und Justizministeriums sowie aus Mitgliedern des Kammergerichts bestehende Kommission seitens der Reichsregierung beauftragt worden, das neue Aufwertungsgesetz vorzubereiten. Das Gesetz muß bis zum 15. Februar fertiggestellt sein.

* Das Betteln hat goldenen Boden. Die Chemnitzer Polizei hat nach einer Mitteilung des Wohlfahrtsamtes wiederholte Bettler aus Berlin, Leipzig, Dresden und Halle festgenommen, die nur zum Zwecke des Bettelns nach Chemnitz angereist waren. Diese Bettler haben Tagessummeln bis zu 80 Mark gehabt. In einem Falle wurde sogar festgestellt, daß eine gefundene Person von auswärts zwei Krüppel gegen Bezahlung für sich betteln ließ. Diese beiden Krüppel hatten an einem Tage etwa 180 Mark erbeten.

* Weberschule für Mädchen. Die Schirmberndorf der Deutschen Bauernhochschule beobachtet vom 19. Januar bis 14. Februar auf Rittergut Limbach bei Wildenfels einen Bauernhochschulehrungsraum für Mädchen abzuhalten. Nächste Auskunft erteilt die Handwerkerkammer Hellerau, Lehrwerkstatt der Deutschen Bauernhochschule Hellerau bei Dresden.

* Werbungskosten für Kriegsbeschädigte. Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit: Soweit sich die Bearbeitung der Anträge Kriegsbeschädigter auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages verzögern sollte, sodass die mit Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages verfehlten Steuerarten für das Kalenderjahr 1925 bei Zählungen im Januar 1925 noch nicht im Begriff der Kriegsbeschädigten sein sollten, können die auf der Steuerkarte für 1924 vermerkten Erhöhungen vorbehaltlich einer etwa später vorgesehenden Verrechnung von den Arbeitgeber auszuweichen.

* Förderungen des Deutschen Reichs.

Der Deutsche Reichsbund hat auf Grund seiner engen Fühlung mit Richtern, Anwälten und Rechtsnehmern in allen Teilen des Reiches dem Reichsrat und dem Reichsausschuss des Reichstages folgende Forderungen als am stärksten dringendst unterbreitet: Die Zuständigkeit des Amtsgerichts als des volkssouveränen und am meisten lebensnahen Gerichts ist auf 1500 Mark zu erhöhen; die Militanzulassung der Amtsgerichtsanwälte ist auf das ganze Reich zu erstrecken. Die Rechtspleite ist zu verbilligen; die Fälle nehmen erstaunend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung zugestimmt. Es gibt keine Rechtsvorschrift in Deutschland, die von juristischer wie nicht juristischer Seite gleich häufig und nachdrücklich bekämpft würde als § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner gegenwärtigen Fassung vom 18. August 1896 (I. § 169 BGB) ist darin zu ändern, daß die leiblichen Eltern des Verdächtigen erhebend zu, in denen die Rechtsverfolgung an der Kostenfrage scheitert. Im Ehescheidungsprozeß ist das Herrschaftsprinzip zugrunde zu legen. Bei der großen Jurisdiktion im Reichstag am 23. und 24. Februar 1922 haben Vertreter aller Parteien mit alleinstiger Ausnahme des Zentrums dieser Forderung

tung genommen. Die vollständig von der radikalen Oberbehörde Versammlung lehnte die Vorladung der Methodenleitung als völlig ungünstig ab, erklärte sich aber dazu bereit, an einer Verhandlung weiter mitzuwirken. Es wurde eine Entschließung folgenden Inhalts angenommen: „Die Vandebanken protestieren auf das Entschiedenste gegen die Auswüchse der Personalpolitik der Regierung Heldt, über deren reaktionären Zug durch die brutale Mahregelung des Genossen Edel auch der letzte Zweifel zerklört worden ist. Die sächsische Partei wird dieser Personalpolitik gegenüber in harter Gegnerchaft verharren und sie begegnen den Dingen der Regierung Heldt ihre volle Sympathie und Solidarität.“ — Der Inhalt der Entschließung zeigt deutlich, daß alles Gerude der Antisozialistischen von einem Willen zur Einigung nicht ernst zu nehmen ist.

* Wülknitz. Auf vielseitigen Wunsch stand am vergangenen Sonntag eine Wiederholung des reisenden Weihnachtsmärchens „König Wichtel vom Schweineland“ von Bärtler, Muß von R. Göthe-Miesa, vor aufbelichtetem Saale statt. Es war wiederum höchst, zu beobachten, was Elter und Fleiß auch in kleinen Verhältnissen zu schaffen vermögen. Die kleinen und großen Spieler gaben gelanglich und dorstillerisch — vor allem in den Balletts — ihr Bestes, so daß eine abgerundete Leistung entstand, die beim Publikum starken Beifall auslöste. Vor allem gebührt Herrn Kanton Schultheiß und Gattin ihrer Dank für die viele Mühe, die sie zum Gelingen des Ganzen aufgewandt, nicht zuletzt aber auch den Orchestermitgliedern, die sich unentzündlich in dem Dienst der guten Sache gestellt und die gesäßige Flut mit gutem Geschick zur Wiedergabe brachten.

* Strebla. Am 31. Dezember waren es 25 Jahre, daß Herr Bürgermeister Dietrich die Gemeinde Sachsen an seiner verwalten. In Würdigung seiner großen Verdienste überreichte die Gemeinde dem pflichttreuen Beamten eine goldene Taschenuhr mit Kette und Widmung. Auch fanden die Gemeindeglieder Veranlassung genommen, dem Jubilar Ovationen darzubringen. Herr Bürgermeister Dietrich wurde von der Gemeinde Sablossen einstimmig auf weitere 5 Jahre als Bürgermeister gewählt.

* Großenhain. 25 Jahre vollendeten sich am 1. Januar, seitdem Herr Münzer das Amt als Rechner an der dießen Marienkirche verwaltet.

* Döbna. Bei der kürzlich hier erfolgten Lotterie für Errichtung eines Hauses für Jugendpflege fiel der Hauptgewinn, ein Einfamilienhaus der Firma Georg Höntsch in Niederschön, einem Landwirt in Brachwitz zu. Der glückliche Gewinner hatte das Los noch im letzten Augenblick kurz vor Schluss des Losverkaufes erworben.

* Schmölln bei Altdorfswerda. Einen furchtbaren Ausgang haben ebliche Zwischenfälle in der Familie des Steinarbeiters Herrmann hier genommen. Nachts gegen 1 Uhr brach in seinem im Ortsteil „Neue Häuser“ gelegenen Anwesen Feuer aus. Dabei brannte die Scheune, in der die Flammen zuerst auskamen, vollständig nieder, während das anstoßende Wohnhaus erhalten blieb. Herrmann lebte schon seit langer Zeit mit seiner Ehefrau in Unterkunft. Um Nachsorge zu nehmen, bat er das Unwesen, daß seiner Ehefrau gehörte, angekündigt. In die Scheune hatte er Dynamitpatronen gelegt, die er an seiner Dienststelle aufgestellt hatte und die während des Brandes mit lautem Knall explodierten. Nach der Tat legte er sich bei Demirz an die Schienen der Strecke Dresden-Görlitz und ließ sich überfahren.

* Pirna. In der Nacht zum Montag entschloß hier nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 80 Jahren der Stadtrat Friedrich Hengst, Tischler-Ebenerbeiter und Gründer der Firma Holzindustrie Pirna Friedrich Hengst. * Chemnitz. Von biegsigen Handels- und Industriekreisen wird der Neubau eines modernen großen Hotels geplant. Am Freitag stand in der Chemnitzer Handelskammer abermals eine Versprechung der interessierten Kreise fest; auch der Rat der Stadt wird sich in seiner am Montag stattfindenden Sitzung mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Das Hotel soll an einem der schönen Plätze der Stadt entstehen.

* Schwarzenberg. Am 21. August war von den Gemeindevorordneten in Breitenbrunn ein Antrag der Kommunisten auf Überprüfung des dortigen bürgerlichen Bürgermeisters mit 4 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmabstaltung abgelehnt worden; auf Weisung der Chemnitzer Parteizentrale mußte der Antrag im September erneut gestellt werden, und nun wurde er mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen. Während Amtsbaupräsident und Bezirksausschuß auf Einspruch dieses Beschlusses aufhielten, erklärte die angerufene Gemeindammer die zweite Beschlussfassung als zu Recht bestehend, und somit mußte der Bürgermeister von Breitenbrunn am 31. Dezember sein Amt niedergelegen.

* Deutsch-Schöna, i. V. Ein frecher nächtlicher Nebelbrand ereignete sich in den abseits des Ortes nördlich Kunnersdorf gelegenen Hause der Theresia Müller. Die Besitzerin bewohnt allein das Häuschen. Nachts drangen drei vermummte Männer ein, überwältigten die Frau, ließen sie an Händen und Füßen und zwangen sie, den Aufbewahrungsort des Bargeldes anzugeben. Sie nahmen das Geld an sich, schleppen das gefesselte Weib in den Schuppen und verschwanden. Die Frau fand einige Glascherben, setzte mit Mühe die Helfen, befleckte sich und floh durch das Wagendachselbst ins Freie. Nachts noch kam die halberstorene und zerkrümpte Frau beim Nachbar an, der sich ihrer annahm. Die Raubgefehrten hatten die Gesichter mit schwarzen Verbünden.

* Borna. Am Freitag stand die Einweisung des neuen Amtsbaupräsidenten Dr. Mittal durch denstellvertretenden Kreishauptmann Dr. Dietrich statt.

* Oelsnitz i. V. Geb. Kommerzienrat Wilhelm Koch, der Seniorchef der weltbekannten Firma Koch & Co. Koch, Teplich, und Möbelstoffabrik, ist gestorben.

* Blaau i. V. Gestern früh gegen 8 Uhr ist auf der Bühne des sogenannten Wintergartensaales des Braters ein Brand entstanden. Beim Eintreffen der Berufsfeuerwehr stand die Bühne bereits in hellen Flammen. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist ziemlich bedeutend. Es wird Brandstiftung vermutet.

* Görlitz. Ein furchtbares Verbrechen konnte hier nach 7. Jahr aufgedeckt werden. Im vorigen Frühjahr stand man den Landwirt Karl Lehmann in seiner Wohnung in Quobitzdorf erhangt auf. Man nahm Selbstmord an. Jetzt stellte sich heraus, daß damals der Arbeiter Wendt mit der 42-jährigen Ehefrau des ermordeten und der Schlosser Vogel mit der Tochter ein Verhältnis hatten. Im Einverständnis mit der Frau haben die Männer Lehmann ermordet, indem sie ihn im Bett erwürgten und dann an seinem Leibriemen auf dem Heuboden aufhängten. Darauf besuchte die Lehmannsche Familie eine Theateraufführung. Jetzt wurden alle vier Personen sowie zwei weitere Familienmitglieder verhaftet.

Der deutsche Rhein imichte seiner Sagen.

GR. Der Rhein, die alte Wiege der Kulturen, ist heute wieder durch die französischen Ansprüche zum Schauplatz heftiger Geisteskämpfe geworden; aber wie stets wird dieser „Große Strom“ Deutschlands gerade durch schwere Zeiten noch inniger mit dem deutschen Wesen verbunden; starker und bewußt als je sonst jährt sich, wie bewußt der Rhein

ih. Die schöne Schönheit dieses Gefügs erhält man aus den „Rheinland-Sagen“, die Paul Baumert soeben in zwei Bänden im Verlag von Eugen Diederichs in Jena herausgibt. Zum erstenmal sind hier die Sagen vom Vater Rhein, die so vielfach durch romantische Autoren verändert wurden, in ihrer ursprünglichen Reinheit wissenschaftlich wiedergegeben, und zugleich wird die ganze fast verwirrende Fülle dieser Sagen vor uns ausgedehnt. Kein anderer Teil der Erde ist so reich an Sagen als der Rhein. Sie alle haben hier im Herzen des Volkes ihre Heimat gefunden, die gewaltigen Figuren des deutschen Volkes, Siegmund und Elegynd, Hagen und Ezel, dann die lange güldene Reihe der deutschen Kaiser von Karl d. Gr. angefangen, heilige Heilige wie Albertus Magnus und Agricola von Netzeheim, und dann der hundreitige Radfaher der Hosenkunst und großen Helden, der ersten Burgfrauen und der garten Burgkübeln, der wackeren Klostermänner und bildenhaften Bürgermeister, und dazu das ganze lustige und herbe Heimatfolk, das den Strom umwohnt, die Swäte und Elfen, die Kobolde und Rixen, die in den Weinbergen und Klosterkellern, den Bergwerken und Burgruinen, den Heimatgräbern und Eifelsteinen ihr Heim treiben. Alle diese vielgestaltigen Rheinsagen sind aber von einer einzigen Grundmelodie durchzustromt. „Das, was ich bei langjähriger Beschäftigung mit der Rheinlage immer wieder aus ihrem Grundzug empfand“, schreibt Baumert, „ist eine gewaltige fortirende Kraft, lebendiges Leben, blutvoll und sinnesfrisch und geistmächtig zugleich. Ein rechtes Symbol unverwüstlicher rheinischer Lebenskraft ist mir der „stark Helm“ geworden, den ich daher auch unter die ersten niederrheinischen Sagen setzte; ein Kiel, der gnädig totzufrieren ist, der alles ganz und gründlich tut, arbeiten, schafen, ehen und trinken, lachen und fröheln. Mit dieser Naturausdrückung leben wir in der Sage den rheinischen Menschen seinen Weg gehen durch die Jahrhunderte, wir erkennen ihn wieder in den wilden Recken Siegmund und Einföll, in dem starken Siegfried wie in den stürmischen, oft gewalttätigen Herrenkönig der Mittelzeit und dem freitribenden, freiheitlichen Bürgerkönig; aber auch in der großerartigen Baufreude des Königs Karl, des Meisters Gerhard wie des Marthas Merode und anderer. Diese Menschenart wird sich nie auf die Länge vorzeichnen lassen, nach welchem Gesetz sie leben soll, sie wird sich nicht in einem fremden Staatsbau hineinbauenlassen.“

Der fromme Glanze, die tiefe Grömmigkeit des christlichen Menschen steht in diesen Sagen neben dem echten Humanismus und der fehllichen Lebenslust eines gesunden und glücklichen Volkes. Auf dem Marktbrunnen in Trier steht Gulenspiegel und sieht zwischen den Beinen durch nach dem Spiegel, den er auf dem Rücken hält. Im bergischen Ort Schaffhausen soll er mit seinen Eltern und seiner Schwester gewohnt haben. Dieser Gulenspiegelgeist herrscht in so mancher Rheinsage, und er wird verehrt von dem goldigen Schimmer des Weines, der in diesen Geschichten eine so große Rolle spielt. Besonders ist auch die Freude an prächtigen Aufzügen und Festen, an Gesang und Musik überhaupt. Nicht nur die Vorsetzt lohnt mit ihrem Lied die Schiffer, sondern es gibt viele berühmte Spielleute, die am Rhein ihre Baubermelede erlernen ließen, wie machen in diesen Sagen eine ideale Wanderung durch Rheinland, und zwar fängt die Sagenfahrt am Niederrhein an, führt flussaufwärts bis Mainz und umschleicht den ganzen Rheingau bis über die Eifel hin in das Luxemburgische. Unerhörlich kribbelt am Rhein der Quell der Sage; nicht nur große Dichter, wie Brentano, Heine, Simrock, haben in glücklichen Stunden diese Dichtung des Volkes bereichert, sondern auch heute noch gibt es Sagen und Sagengruppen, die im Volke umgehen und weitergeschildert werden. Dieben noch heute lebendigen Sagen ist ein besonderer Abschnitt gewidmet; es sind die Geschichten von ungewöhnlichen geheimnisvollen Kräften und Meistern, von lebender Menschen, vom Tode, vom Voranschreiten aufkündigter Dinge und ähnlichem. Besonders erstaunlich berühren und heute die Sagen der Zukunft, die, wie bei jeder großen Seitenwende, Stimmungen, Wünsche und Verfürchtungen der Gegenwart mit alten Vorstellungen verbinden. Da steht die Gestalt Kaiser Karls wieder auf, dieser Inbegriff aller wahren Herrschergröße, in dem alles zusammengefaßt ist, was wir von dem Reich erleben und erfahren, das kommen soll, und im Abenland ist noch der Glaube mächtig an dieses stolze und glückliche Reich der Zukunft, das vom Rhein ausgehen muß und in dem der Rhein wieder das Herz des Abendlandes werden soll.

Das Reichskabinett zur Note.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten, um über die Antwort auf die Note der Alliierten in der Räumungsfrage zu beraten.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 6. Januar 1925.

Selbstmord eines Berliner Bankiers.

Berlin. (Funkspruch.) Der 37jährige Bankier Erich Wolf, in Berlin-Schöneberg wohnhaft, lebte sich heute morgen gegen 7.10 Uhr in den Räumen der Ringfilm-Aktiengesellschaft mit einer Selbstdoppelei zweimal in die rechte Schläfe. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Grund ist bis jetzt noch unbekannt. Die Polizei bleibt vorläufig am Tatort.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand wiedergewählt.

Berlin. (Funkspruch.) In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag vormittag wurde der Fraktionsvorstand des alten Reichstags mit Hermann Müller-Granien und Dittmann an der Spitze wiedergewählt.

Protestversammlungen in der Rheinprovinz.

Köln. (Funkspruch.) Die politischen Parteien der Rheinprovinz werden hier am Sonntag, den 11. Januar in großen Einspruchsversammlungen zu der Räumungsfrage Stellung nehmen.

Starker Protest gegen die Besetzung.

Köln. (Funkspruch.) Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, der Vereinigten Bauernvereine (sächsischer und trierischer Bauernverein) und des Landwirtschaftlichen Vereins für die Rheinprovinz haben in einem gemeinsamen Beschlusse gegen die Verlängerung der Besetzung der Kölnner Zone energisch Einspruch erhoben und gleichzeitig erneut ihren unverbrüchlichen Treue zu Reich und Heimat Ausdruck gegeben.

Erhebliche Hochwasserschäden.

Eiserfeld. (Funkspruch.) Das Hochwasser der Wupper geht ununterbrochen zurück. Mittags 12 Uhr zeigte der höchste Pegel nur 0.80 Meter. Auch vom oberenlauf der Wupper ist weiterer Fall gemeldet. Solingen und Burg sind frei vom Wasser. Doch ist der durch das Hochwasser angerichtete Schaden in beiden Städten beträchtlich höher als zuerst angenommen wurde. Die in Kellerräumen aufbewahrten Vorräte sind fast vollständig vernichtet.

Zur Münsterberger Wochenschärfre.

Breslau. (Funkspruch.) Wie den Breslauer Nachrichten berichtet aus Münsterberg zu der Denkschrift der Wochenschärfre wird, wurde in dem Holzschuppen in dem Denkmals-Hause wieder ein größerer Haufen Knoben gefunden. Darunter entdeckte man bei der Durchsuchung des Nachlaßes

der Denkmals-Wohnung 15 Blutbeschränkungen mit Menschenhaut gebündelte Westen.

Geschichten-Uebergriffe.

Mom. (Funkspruch.) Nachdem Tribune beobachteten die Polizisten von Breslau, die dortige Bevölkerung der Volkspartei anzuwenden, ließen sich aber durch ihren Führer davon abbringen, dann drangen sie in die Redaktion und stießen das Vorzimmer der Redaktion in Brand und beschädigten die Druckmaschinen.

Gemeinschafts.

Großfeuer in einem Erziehungshaus beim „Heimatvolk“. Gestern vormittag kurz nach 8 Uhr brach, wie der „Heimatvolk“ meldet, in dem Erziehungshaus Quelchheim während des Frühgottesdienstes in den Wirtschaftsgebäuden ein Großfeuer aus. Da die Anzahl nicht in der Lage war, den Brandes Herr zu werden, mußte die Landauer Alarmfahne zur Hilfe gerufen werden, der es kurz nach dem Eintreffen gelang, den Brand auf seinen Herd zu lokalisieren. Große Feuer- und Rautenportale fielen in dem der Brand ausgedrohten Gebäude zum Opfer. Das Gebäude, in dem der Brand ausgetragen ist, ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Entstehungsursache ist bisher nicht aufgeklärt worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Bei schwerem Südweststurm erreichte das Wasser der Elbe bei Hamburg gestern abend mit 18 Fuß seinen höchsten Stand. Die Stützengefahr scheint noch nicht vorüber, die Seewarte hat das Südweststurmwarnsignal nicht eingesetzt. — Bei Blaawand an der dänischen Küste ist der englische Dampfer „Stibier“ gestrandet; ein englischer Schlepper leistete ihm Hilfe. Beim Eibiauerhafen 1 verlor der norwegische Tankdampfer „Le Havre“ unter und Seite; er wurde durch den Hamburger Bergungsdampfer „Voeter“ nach Cuxhaven eingebbracht. Der deutsche Dampfer „Dorf“ ist mit Habarie aus See zurückgekehrt. Beim Eibiauerhafen 3 ist der deutsche Dampfer „Haast“ mit dem Dampfer „Trier“ zusammengefahren. Im Hafen von Hamburg ist ein amerikanischer Dampfer „Pittsburg“ los und mußte mit Hilfe von fünf Schleppern wieder festgemacht werden. Große Belohnung herrschte wegen des Schiffsabschlags des Hirschdampfers „Hecht“.

Sommerwetter in Dänemark. Die außergewöhnlich milde Temperatur hat in Dänemark zahlreiche Naturwunder hervorgerufen. Das Eis wurde in mehreren Ortschaften auf die Weite getrieben, die Bäume blühen und viele Bäume stehen mit fast entfalteten Knospen.

Der Kaiser im Hafencell. Der „Abwehr“ wird aus Villen berichtet: Bei einer Treibgut, die dieser Tage stattgefunden hat, wurde man einen Hosen, der ganz eigenartig ließ und schließlich auf einen Baum klebte. Ein Jäger sah das Tier ab und bei näherer Untersuchung stellte man fest, daß der Hase ein in ein Hafencell eingeschlossener Kaiser war. Ein boshafter Treiber hatte diesen im Rücken mitgebracht und im geeigneten Moment freigelassen. Der Jagdmacher wird sich freilich noch vor Gericht verantworten müssen, da der Tierschutzverein sich der Angelegenheit angenommen hat.

Ein nötiger Angellagter eregte am Montag vormittag vor der Berufungsstrafkammer des Berliner Landgerichts 3 erhebliches Aufsehen. Vom Schöffengericht waren seinerseits zwei Brüder Läßig und ein dritter Angellagter wegen Falschmünzerei zu Fuchthausstrafe verurteilt worden. Vor der Berufungsinstanz suchten sie eine Herabsetzung der Strafen zu erzielen. Als die Berufung eben beginnen sollte, sprang plötzlich einer der Brüder Läßig, die mit dem dritten Angellagter aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt worden waren, völlig nackt über die Schranken der Anklagebank in den Sitzungssaal. Er hatte sich unbemerkt seiner Kleidung entledigt. Den Justizwachtmeistern, die ihn festnehmen wollten, ließte er zunächst Widerstand, bis es gelang, ihn in seine Zelle zurückzuführen. Nunmehr wurde das Verfahren gegen ihn zum Zweck der Untersuchung seines Geisteszustandes abgetrennt.

zusammenfloss der Ortsbevölkerung. Ausfrag wird gemeldet: Am Sonntag kam es in den farblosen Ortsbereichen der Kreisstadt wegen der Benutzung einer römisch-katholischen Kirche durch die Orthodoxen zu einem Zusammenstoß der Christen mit der Gendarmerie. Hierbei wurde ein Polizist getötet und ein weiterer schwer verwundet. Nach Herbeiführung einer Verstärkung von 20 Mann wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Romische Autos. Der Kraftwagen wird nicht immer vollkommen und preiswert hergestellt, sondern es gibt in den Vereinigten Staaten auch billige Modelle, die ihn für romische Wirkungen auszurüsten versuchen. Während dieses romischen Auto auf der großen Berliner Automobil-Ausstellung noch nicht vertreten war, wurde ihm bei der legenden Kraftwagenbau in New York ein besonderer Platz eingeräumt, der jedenfalls der lustigste Teil der ganzen Show war. Die Varieté-Komiker haben sich des Kraftwagens bemächtigt, und auch der Clown im amerikanischen Circus muß sein Auto haben, daß seine Spalte eingerichtet ist. Ein solches romisches Kraftwagen hat z. B. ein Steuerzob vorne und eines hinten. Mit besonderer Feierlichkeit lädt der Clown einige Besucher in das Auto ein, aber der Wagen will nicht fahren, bis schließlich mit dem hinteren Steuerzob der Wagen rückwärts gesteuert wird. Der Chauffeur am vorderen Steuer ist dann natürlich ganz erstaunt. Ein anderer Clown-Wagen ist so geschickt ausbalanciert, daß er sich wie ein Pferd, das sich hämmert, auf den beiden hinteren Rädern halten kann, während die Vorderräder hoch in der Luft schwanken. Dann gibt es Kraftwagen, die die merkwürdigsten Gedanken erzeugen. Ein Auto fährt in die Arena, dessen Motor alle paar Sekunden einen donnernden Schlag abgibt, so daß man sich mitten im Granatfeuer zu befinden glaubt. Ein höchst kurioses Auto ist auch der Wagen mit sechs Rädern. Der Clown lädt in ihm einige Gäste, und während man um die Arena fährt, gibt es natürlich eine Banane. Nach ebenso eindrückender wie romischer Unterhaltung stellt der Clown fest, daß „gewöhnliche Medizin“ dem Kranke nicht hilft, sondern daß eine Operation vorgenommen werden muß. Er erscheint im weißen Operationsmantel, wäscht sich die Hände, um sich „zu sterilisieren“, und lädt dann den Körper des Wagens in zwei Teile. Dann steigt man wieder auf, und die Fahrt geht lustig weiter mit dem vierzädrigen Auto, während der zweitürige Rest zurückbleibt. Die Filmstadt Hollywood verfügt über eine Menge romischer Autos, die bei den Aufnahmen eine Rolle spielen. Besonders beliebt ist der „elastische Kraftwagen“, den zwei bemerkbare Werkstätten zur Herarbeitung haben wollen. Während der Wagen in das Tor der einen Garage hereingegangen wird, wird von der anderen ein Under ausgezogen, der das Hinterteil des Wagens fährt, und nun dehnt sich das Auto vor dem ersten Under aus, so daß der Hinterteil in der anderen Garage verschwindet, während man am Vorderteil kommt mit dem Fahrzeug beginnen hat.

Die Eröffnung des neuen Reichstags.

Berlin, 5. Januar.

In der heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages war das Haus stark besucht und die Tribünen schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Als der 79jährige Alterspräsident博士(Sozialdemokrat) die Sitzung eröffnete, suchten die Kommunisten, wie in der Eröffnungssitzung des alten Reichstages, durch Zwischenrufe "Amnestie" zu stören. Jedoch machte dies auf das Haus nur geringen Eindruck. Dann ging das eintönige Geschäft des Namensaufrufs vor sich, das die Anwesenheit von 434 Abgeordneten und somit die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab. Der Alterspräsident schlug dann vor, die Wahl des Präsidiums in einer für Mittwoch nachmittag anzuberuhmenden Sitzung vornimmen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der namentlich die Kommunisten ihre Anträge auf Amnestierung der politischen Gefangenen und Freilassung der inhaftierten Abgeordneten begründeten, stimmte das Haus dem Antrage des Alterspräsidenten zu. Angenommen wurde gleichfalls ein kommunistischer Antrag, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung die Frage der Freilassung der inhaftierten Abgeordneten zu setzen, während der Antrag, die Amnestierung der politischen Gefangenen ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt wurde. Im übrigen verlief die Sitzung ohne wesentliche Störungen.

Stumpfer Anfang.

Die "Sturmähnchen" des Reichstags — er hat nämlich größere für gutes Wetter und kleinere für schlechtes Blättertum bestimmt im Frühlingsblüte dieses verwehrten Januar. Aber der von den Kommunisten angekündigte Ansturm auf Amnestie heftender Deputationen war nicht mehr geblieben. Die "Bannmeile" um die Parlamente ist doch eine der besten Errungenschaften der Neuzeit. Auch im Innern des Volkspalastes ging es weit friedlicher her, als die Gläubiger der "Roten Fahne" es sich wohl vorgestellt haben würden. In der Rondelle begnügten sich die alten Bekannten mit derber Herlichkeit; die neuen Männer, deren Zahl ja nicht klein ist, wurden präsentiert. Und als um 8 Uhr die Glöckchen in den Saal riefen, sah man vor dem Präsidentenbalkon wieder (wie einst im Mai) den alten Sozialisten博士Gotha stehen, dem niemand den etwas zweifelhaften Ehrentitel der Kellerei der Gesellschaft zu sein, freigemacht. Das Haus hatte sich, während die Regierungskräfte leer blieben, höchst anziehlich gefüllt. Man zeigte sich die Verhütttheiten, vermischte aber auf der Rechten sowohl den Admiral von Tirpitz als auch den General Ludendorff. Erbliche Väter sollte man — allerdings mit geringem Bedauern — nur in den Reihen der Kommunisten fest, von denen ja eine ganze Reihe durch widrige Umstände ferngehalten wird. Den Wig, das Reisen ohne Pässe oder mit falschen Pässen als infognito zu bezeichnen, werden sich die Sovjetfürsten und -Prinzessinnen wohl abgewöhnen müssen.

Ob das Gehlen von Ruth Fischer und Iwan Nag die Kommunisten so timide macht oder ob sie den Böddern von Radauhafen am Ende selbst einzugehen beginnen, jedenfalls waren die Rufe: "Amnestie!" bei Beginn der Sitzung nur kurz oder matt. Auch fand sich der Fraktionsführer Thälmann schnell damit ab, als der alte Herr博士 ihm das Wort vorverweigerte. So kamen die zahlreichen Besucher — das Haus war schon seit Tagen "ausverkauft" — sehr wenig auf ihre Kosten. Sie mussten nun fast eine Stunde lang den stummpfistigen Namensaufruf anhören, der mit der Feststellung von 417 Volksboten endete, und wurden auch durch die kommunistischen Reden zur Feststellung der nächsten Tagesordnung wahrhaftig nicht entzückt. Geistvolle Ausfälle hörte jeder gern einmal mit an, aber solches proletarische Politik ist nichts als langweilig. Wenn einzelne Vertreter der anderen Parteien sich die Mühe geben, den Kommunisten klar zu machen, daß man doch vor der Konstituierung und Bürowahl in sachliche Verhandlungen nicht einzutreten kann, so war das eigentlich überflüssig. Das wissen sie ja selbst ganz genau, aber ihr Metamorphos ist so ideenlos, daß es nichts anderes weilt, als denselben Unruhe immer zu wiederholen.

Im Namen der Volkspartei beantragte Dr. Scholz, die Wahl des Präsidiums bis zur Feststellung des neuen Reichskabinetts vorzuverschieben. Die Deutschen Nationalen schlossen sich dem Vorschlag an, aber die anderen Parteien stimmen dagegen, so blieb es bei dem Vorschlag des Alterspräsidenten, die Wahl des Büros am Mittwoch vorzunehmen, da ja der Dienstag als katholischer Feiertag abgesagt ist. Ob man die Zusammenfassung des Präsidiums mit der des Kabinetts in Beziehung bringen soll, darüber kann man in der Tat verschiedener Meinung sein. Das große Publikum mag es schwer verstehen, wenn der Staatsrat und die ganze Reichsregierung "bürgertümlich", der Reichspräsident dagegen ein Sozialist ist. Aber der Brauch geht bei uns im allgemeinen dahin, den Präsidentenposten der stärksten Fraktion zu überlassen, die dann ja auch

die größte Truppe für die Wahrung der Ordnung des Hauses stellt. Das Präsidium ist eine interne Angelegenheit des Parlaments, nicht ein politischer Punkt. Es schadet wohl nichts, wenn sich das deutsche Publikum an diese Auffassung gewöhnt.

Und ob es mit der Regierungsbildung so schnell gehen wird, ist auch noch nicht absehbar. Es scheint allerdings, daß sich der Plan, die Deutschen Nationalen herauszuziehen, zerstört wird, da die Verkoppelung der Reichsangelegenheit mit der preußischen, wie zu erwarten war, große Schwierigkeiten bereitet. Es heißt, daß Herr Marx für diesen Fall schon neue Kandidaten in petto habe. Warten wir's ab!

Die Fraktionsstärken im Reichstag.

■ Berlin. Das erste Mitgliederverzeichnis des Reichstages bringt die endgültige Feststellung der Stärke der einzelnen Reichstagsfraktionen. Daraus verteilen sich die 493 Mitglieder des Reichstages folgendermaßen:

Sozialdemokraten 181,

Deutsche Volkspartei 111,

Zentrum 60,

Deutsche Volkspartei 51,

Kommunisten 45,

Demokraten 32,

Wirtschaftsvereinigung elstsl. Bayr. Bauern-

bund und Deutsche Hannoveraner 21,

Bayrische Volkspartei 19,

Nationalsozialistische Freiheitspartei 14 Mitglieder.

Mitglieder, die keiner Fraktion angehören, gibt es in diesem Reichstage nicht.

Vorschläge für die Präsidentenwahl.

■ Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beschlossen, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, bei der Wahl des Reichstagspräsidenten am Mittwoch wiederum den Abgeordneten博士Wolff als Reichstagspräsidenten vorzuschlagen. Die demokratische Reichstagsfraktion wird für den Abgeordneten Poewe als Vertreter der stärksten Fraktion stimmen. Die Kommunisten werden den Abgeordneten Thälmann als Präsidenten vorschlagen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

hat sich in ihrer gestrigen Abendökonomie mit einer Reihe von Anträgen beschäftigt, die sie beim Reichstag einbringen wird. Die Erörterung über die Wahl des Reichstagspräsidenten wurde bis zur nächsten Fraktionssitzung am Mittwoch ausgelegt, weil erst die Lösung der Regierungfrage abgewartet werden soll. In Bezug auf die Neubildung der Reichsregierung stand die Fraktion auf dem Standpunkt, daß man den Deutschen Nationalen dadurch mehr entgegenkommen soll, daß man ihnen statt zwei drei Sitze in dem neuen Reichsministerium zugesteht.

Der Reichshaushaltplan für 1924.

Über eine Milliarde für die Ausführung des Friedensvertrags.

■ Berlin. Der dem Reichstag gestern zugegangene erweiterte Reichshaushaltplan für 1924 stellt im ordentlichen Haushalt die Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung auf 535 802 184 R.-M., die fortlaufenden Ausgaben auf 5 101 333 169 R.-M. und die einmaligen Ausgaben auf 256 688 673 R.-M. fest. Die Einnahmen übersteigen also die fortlaufenden Ausgaben. Dieser Betrag wird zur Deckung der einmaligen Ausgaben verwendet. Im außerordentlichen Haushalt werden festgestellt an Einnahmen und Ausgaben 664 690 814 R.-M.

Der Gesamthaushalt für die allgemeine Reichsverwaltung schlägt also in Einnahmen und Ausgaben mit 6 022 712 658 R.-M. Der Stat für die Ausführung des Friedensvertrages gleicht sich mit 1 033 186 667 R.-M. aus.

Für die Herstellung des Gewichtsgewichts in diesem Haushalt bestand ein Zulaufschub von 348 071 227 R.-M., der auf dem Wege der Anleihe ausgebracht werden soll. Im Haushaltsgesetz ist u. a. festgelegt, daß von freien und nach Maßgabe des Reichshaushaltplans oder der Personalabbauverordnung an für beflegbare planmäßigen Stellen, solange der vorgesehene Personalablauf noch nicht erreicht ist, nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden darf. Ob der vorgesehene Personalablauf erreicht ist, steht der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister fest. Neue Anstellungs- und Beförderungsstellen wurden im allgemeinen nicht aufgenommen.

Der neue Haushaltentwurf enthält im übrigen in beschränktem Umfang einige Neuerfordernisse und Erhöhung einiger Zuläufe, die sich seit der Aufstellung des ersten Entwurfs als nötig erwiesen haben. Außerdem sind in den Haushaltplan die Änderungen eingearbeitet worden, die durch die Ausführung des Londoner Abkommens mit Wirkung vom 1. September 1924 ab nötig geworden sind.

Der Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1925 wird erst Ende der Woche vorgelegt werden.

die Belastungskosten auf alle Alliierten gleichmäßig verteilt werden, wogegen sich wiederum die anderen Mächte, insbesondere England wenden. Die Eingänge aus dem Dawes-Abkommen sind in erster Linie für die Anleiheförderer, dann für allgemeine Belastungskosten und Kontrollkommissionen festgestellt, endlich für die amerikanischen Belastungskosten bestimmt. Infolge der zwischen Amerika und Frankreich angeknüpften wie es heißt unverbindlichen Schuldenbesprechungen hat sich nun englischsprachiges der Wirtschaftsberatung, auch diese Fragen zu erledigen. England hat Frankreich bisher ein Moratorium gewährt, verlangt aber, von seinem Standpunkte aus nicht mit Unrecht, Schuldenabtragung im gleichen Verhältnis wie es Amerika zugesichert wird. Die Washingtoner Regierung hat ihren Vertretern nun strenge Weisung mitgegeben, unter keinen Umständen sei es auch nur informatorisch, an Bekanntmachungen über die Schuldenfrage teilzunehmen, die unmittelbar zwischen Amerika und den Einzelbildnern geregelt werden soll. Diese Haltung erschwert bzw. beschränkt die Konferenz naturgemäß außerordentlich.

Das Linienschiff „Eissen“ in Dienst gestellt.

■ Wilhelmshaven. (Funkspruch.) Das Linienschiff „Eissen“ ist heute auf der Marinewerft Wilhelmshaven mit kleiner Besatzung in Dienst gestellt. Es tritt als vierter Linienschiff an der Linienschiffdivision der Reichsmarine und wird in Kiel stationiert werden.

Politische Tagesübersicht.

Die Reichsärzte. In der der neuesten Nummer der "Politischen Wochenzeitung", die auf überparteilicher Grundlage von Dr. Ullmann herausgegeben wird, nimmt ein alter Offizier folgendemarke zur Farbenfrage Stellung: "Wir alten Offiziere treten ohne Uniform für Schwarz-Rot-Gold ein. Das sind die Farben, unter denen Deutschland groß ward. Das sind die Farben, unter denen wir kämpfen und sterben, das sind die Farben, unter denen unsere Kameraden bluteten und starben. Die Erinnerung an die eisige Brüder von Schwarz-Rot-Gold ist längst erloschen, der große deutsche Gedanke, der ihr hätte Wirklichkeit verleihen können, ist gerade in den Novembertagen von denen, die Rot und Schwarz-Rot-Gold entstehen, am wenigsten verstanden worden. So sind die Reichsärzte nicht Volksarbeiter geworden. Das ist untragbar. Schwarz-Rot-Rot und Schwarz-Rot-Gold nebeneinander sind weiterhin unmöglich, werden sich nicht einmal aus Deutschlands Sorge vereinen lassen. Darum sollte man, wie verschiedenartig vorgeschlagen wird, das deutsche Volk noch einmal vor die Entscheidung stellen Schwarz-Rot-Rot oder Schwarz-Rot-Gold. Aber dieser Entscheidung braucht man sich dann unbedingt zu stellen, ob Monarchie oder Republik, mag einem auch das Herz dabei bluten und schwärzen dies Banner mit allem Nachdruck gegen Widersacher drücken und drinnen, Ein Volk, ein Staat eine Fahne, das soll unter Streben, unter Hoffnung, unter Wollung sein für ein erstaunliches, wiederauflührendes Deutschland".

Die württembergischen Demokraten gehen dem Südmünzbaus ein. In der gestrigen Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns und in dem vorangegangenen Vertretertag wurde, wie die "Politische Zeitung" berichtet, eine Entscheidung getroffen, daß die Reichsregierung das deutsche Recht auf Südmünz der Kölner Zone mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verfehlen und den Anspruch Deutschlands auf sein Recht mit aller Gewalt vertreten soll.

Plumpe Sehe des Echo des Patrios. Echo des Patrios veröffentlicht in großer Aufmachung Reiseindrücke einer Mission aus Deutschland zurückschreitender neutraler Persönlichkeit. Die Ausführungen tragen von verleumderischen Hetzen. Solange Deutschland der preußischen Herrschaft endgültig ist, behauptet u. a. die neutrale Persönlichkeit, laufe die Sicherheit Frankreichs Gefahr. Jeden Bewohner der französischen Politik verleihe es in ärötes Erkennen, seines zu müssen, daß die französische Regierung offenbar der Bildung eines sozialistischen deutschen Einheitsstaates günstig gegenüberstehe. Der Artikel schließt mit Anspielungen auf die geheimen Rätselungen Deutschlands.

Amerikanische Misstrümmer gegen Frankreich. Die französischen Schulden stehen im Mittelpunkt der Wohltätigkeitsförderungen. Die Misstrümmer gegen Frankreich wächst. Frankreichs Vorschlag wird als leere Feste bezeichnet. Es wird erklärt, Amerika erwarte nun endlich, daß der offizielle verlässliche Meinungsaustausch durch eine offizielle Vorschlag abgeschlossen wurde, die es Amerika ermöglichten, darüber zu sprechen, denn Clements Vorschlag kommt als Angebot nicht in Frage. Diese amtliche Aufklärung entspricht ganz der gesamten öffentlichen Meinung. In den nächsten Tagen tritt wahrscheinlich die Schuldenkommission zusammen. Da sie wird vor allem Vorwurf erhoben für eine Schuldenregelung sprechen.

Habsburgs Vermögensforderungen an Österreich. Wie in Preußen Deutschland das Hohenzollernhaus seine finanziellen Reichspräsidenten an den Staat stellt, so hat auch die Kaiserin Sisi von Deutsch-Oesterreich die Aufhebung der Vermögensabnahmeverfügung verlangt. Es handelt sich um Werte, die in die Hunderte von Milliarden Kronen gehen. Die moralische Seite der Angelegenheit hat in Österreich noch ein ganz besonderes Gewicht. Während das Habsburgerhaus auss englich mit dem nationalen Empfinden preisgeisterter Schichten verbunden war und noch verwachsen ist, besteht ein solches Band nationaler Zusammengehörigkeit zwischen Österreich und den Habsburgern nicht. Die Habsburger Herrscher haben sich in den letzten Jahrzehnten niemals als deutsche Herrscher gefühlt. Die Deutschen erfuhren im Habsburger Reich zugunsten der slowakischen Volkschichten überall Zurückweisung. Die angekündigten nationalen Kreise standen daher in offener feindseligkeitslicher Gegnerschaft zum Herrscherhause, das die deutschen Interessen den dynastischen Zielen opferete. Schwarz-Gold weiß die ausgesprochenen literalen, national gleichgültigen Schichten in Heer und Beamtenamt. Heute noch stehen die hinter der großdeutschen Partei marschierenden Volkskreise allem, was habsburgisch heißt, feindlich gegenüber. Die Christlich-Dötschen dagegen beobachten, die fordernungen der Exklativer, die sie in der nächsten Zeit mit ihrem Sohne Otto nach Ungarn begeben will, zu vertreten. Eine solche Haltung würde die Regierungstafel bedeuten und schwere Kämpfe im Innern des Reiches entfachen.

Erneuter polnischer Übergriff. Die polnische Regierung hat am 1. Januar ein, für den Poltverkehr mit Polen bestimmtes Volumen am Gervins-Bogen in Danzig eröffnet, dessen Betrieb sich über den gesamten Danziger Besitz erstreckt soll und auch die Briefbeschaffung wie die Sammlung der Briefe durch Briefträger einschließt. Eine Anzahl Briefträger ist an verschiedenen Stellen der Stadt bereits angebracht worden. Dieses Verhalten der polnischen Regierung steht im Widerspruch mit dem Inhalt des Pariser Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen. Die Danziger Regierung hat unverzüglich alle Schritte zur Wahrung ihrer Rechte unternommen.

Amerika fordert weiteren deutschen Handelsstützpunkt. Senator Coolidge brachte eine Resolution ein, wonach Präsident Coolidge auf der Botschafterkonferenz durch die amerikanischen Vertreter durchsetzen lassen soll, daß Deutschland das Recht erhält, weitere Handelsstützpunkte zu bauen.

Malta von den Mauren besetzt.

■ London. Aus Madrid wird gemeldet: Gestern wurde Malta durch die Mauren wieder in Besitz genommen. Drei Punkte wurden besetzt, um den Besitz der Stadt sicherzustellen.

Mussolini schreitet zur Tat.

Schneller als in den angedrohten "48 Stunden" hat Mussolini seinen Entschluß wieder die alten Wege der Tat zu gehen, wahrgenommen. Die gesamte Oppositionspresse ist durch Verbot ausgeschaltet; die schwarzen Garden des faschistischen Staatsbildes. Einem Mussolini gegenüber lädt sich hinlänglich des wieder in Erscheinung tretenden derben Zugriffen nicht einmal etwas Stichhaltiges sagen. Gebt die Ultima ratio der Gewalt doch zum offenen proklamierten Rückzug des faschistischen Systems. Und daß Mussolini monatelang nicht alle anderen nach "demokratischer" Auffassung gesetzlichen Mittel einzusehen versucht hat, wird ebenfalls auch sein ärgerster Feind nicht beobachten können. Nun kommt die Nebenwaffe des Faschismus.

Au die ausgewiesenen Beamten.

Kundgebungen des Reichsministers Dr. Hößle

(Berlin.) In der vom Deutschen Beamtenbund zur Wahrung der Interessen der ausgewiesenen seiner Zeit begründeten Zeitschrift „Der Ausgewiesene“, die mit ihrer Nummer vom 31. Dezember 1924 ihr Erscheinen eingelöst, hat Reichsminister Dr. Hößle in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete sich folgendermaßen an diejenigen Beamten gewandt, die seiner Zeit aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurden:

Das eben zu Ende gehende Jahr 1924 bedeutet in der Geschichte des deutschen Beamteniums und in der Geschichte der besetzten Gebiete eine entscheidungsvolle Epoche. Man wird in den Kreisen des deutschen Beamteniums, ebenso aber auch bei allen deutschen Staatsbürgern stets in Erinnerung behalten, daß das Jahr 1923 durch den Kämpf auf einer gewaltigen Kriegsprobe deutscher Treue und vaterländischer Gesinnung gewonnen war. Man wird nie vergessen, daß durch den positiven Widerstand und den Separatistenummel gerade die Treue der Deutschen im besetzten Gebiet auf eine besonders harte Probe gestellt worden ist. Alle haben diese Probe glänzend bestanden. Die wenigen Ausnahmen, die verrätherischen Stun an den Tag legten, verschwinden angesichts der gewaltigen Differenz.

Haben doch die Gegner im Jahre 1923 widerrechtlich ein Einbruchsgesetz von 108 240 Reichstalern beschloß, in welchem sie rund 900 000 Deutsche ihrer gefährlichen Regierung teilweise entzogen, und 37 000 Beamte mußten das Brot in der Verbannung essen, während feindliche Soldaten sich in ihrem Heim breit machten. Es wird auch unvergessen bleiben, daß 2798 Privatpersonen, also insgesamt 40 448 Deutsche aus dem absezierten und dem Einbruchsgesetz ausgewiesen waren. Bleibt man hierzu noch die Familienangehörigen, so kommt man bei vorsichtiger Rechnung auf eine Gesamtzahl von 180 000 Ausgewiesenen. Durch die Durchführung der in London im August getroffenen Vereinbarungen ist es in langen und schweren Verhandlungen gelungen — mit Ausnahme von 15 Hallen, über die noch verhandelt wird —, die Rückkehr der Ausgewiesenen zu erreichen. Das erste Weihnachtsgeschenk haben all diese wieder in ihrer Heimat feiern können! Im Kreise ihrer Familie, im Kreise ihrer Gemeinde treten sie ins neue Jahr ein, in freudigem Gedanken, daß das Jahr 1924 ihnen wieder das Heimbrachte.

Die politische Gefangene sind während der Londoner Verhandlungen in Freiheit gesetzt worden, unter denen eine stattliche Zahl deutscher Beamter sich befand. Und nach der Londoner Konferenz sind 350 Personen in Freiheit gesetzt worden, 1234 Strafverfolgungen eingestellt worden und 451 Personen, gegen die ein Verfahren wegen Abwesenheit nicht durchgeführt werden konnte, durch Entlastung der Verfahren von moralischer Last befreit worden.

Man kann am Ende des Jahres 1924 mit dem Hinweis auf die beachtenswerten Erfolge der Reichsregierung gestrahlt davon sprechen, daß das tiefsaurige Schicksal, das aus der grauenvollen Separatistengeschichte Tausende deutscher Beamter und über Tausende von Angehörigen freier Berufe hereingezogen war, sich in allen wesentlichen Dingen zum Guten gewandt hat. Die noch nicht wieder gutgemachten Dinge werden in kommender Zeit, soweit es in den Kreisen des Reiches steht, durch die Tätigkeit des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete behoben werden. Die deutsche Beamtenenschaft, die unter diesem politischen Druck stand, verdient nicht nur eine formelle Anerkennung für ihre Pflichtstreue, sie hat vielmehr einen wohlerworbenen Anspruch darauf, daß man ihr ehrenvolles Verhalten mit aufrichtigem Dank ausdrückt, daß man ihr das Lob spendet, in Vaterlandsliebe und Reichstreue alles getan zu haben, was Menschen möglich ist.

Hilfe für die deutsche Luftfahrt.

Auszug aus dem Nachrichtenblatt des „Ring der Flieger“.

Der Gedanke der Fliegereipatenchaft

Wenn auch das Volk in seiner Gesamtheit es noch immer nicht begreifen hat, daß der Flugzeugführer der ehemaligen Fliegertruppe infolge Ueberalterung und mangelnden Trockenreis als Nachsatz für den Luftverkehr nicht mehr in Frage kommt, so muß dieses Problem des fehlenden Nachwuchses der Flieger jeden ernsthafte denkende Deutschen umso mehr mit großer Sorge erfüllen.

Die Zeit, in der unser Luftverkehr den letzten flugfähigen Arzlegipisten herausgeholt und „abgespiegt“ hat, ist nicht mehr fern. Gelingt es Deutschland nicht, bis zu diesem Zeitpunkt neue, junge Flugzeugführer heranzubringen, dann werden wir zu unser aller Schande noch erleben, daß unsere deutschen Maschinen mit fremden Piloten besetzt werden.

Das uns heute noch völlig fehlende fliegerische Nachwuchs ist in der die Schule verlassenden Jugend, sowie in den Reihen der Studenten zu suchen. Selen aber werden die Eltern derjenigen, die infolge ihrer vorzeitlichen Entstaltung und ihres technischen Wissens als Schüler in erster Linie in Betracht kommen, das Geld bezahlen, um ihre Kinder auf eigene Kosten ausbilden lassen zu können. Der Staat ist ebenfalls nicht in der Lage, durch nennenswerte Zuschüsse die Ausbildung zu ermöglichen.

Aus dieser Überlegung heraus wurde von einem früheren Angehörigen der Fliegertruppe der Gedanke der Fliegereipatenchaft ausgeworfen und betrieben. Hierdurch ist dem Ring der Flieger ein Weg gewiesen, der gangbar und Erfolg versprechend erscheint.

Die ehemaligen Flieger haben heute andere Berufe. Viele stehen jetzt an verantwortlicher Stelle der Wirtschaft und Industrie und verfügen über ein Einkommen, das ihnen gehabt, dreihundert Mark im Jahre zur Ausbildung eines jungen Deutschen zum Flugzeugführer zur Verfügung zu stellen. Aber wir kennen nicht die jungen Leute, die hierfür in Frage kommen, wissen nicht, welche Fliegerschulen zu wählen sind, und haben schließlich nicht die Zeit, und während der Ausbildungsperiode darum zu kümmern, ob der Schüler tatsächlich etwas Brauchbares lernt.

Deshalb bietet sich der Ring der Flieger, nachdem er seine Organisation entsprechend eingestellt hat, an, diese Arbeit kostenlos zu übernehmen. Er bittet seine Anhänger ernstlich die tiefe Bedeutung dieses Gedankens der Fliegereipatenchaft für unsere Luftfahrt und Wirtschaft zu erwägen und dann sich für ihn einzusehen.

Die ersten Patenschaften hat der Ring bereit vor langerer Zeit vermittelt. Weitere kommen hinzu. Die begeisterten Schulberichte werden in den Blättern des Rings veröffentlicht. Es muß erwartet werden, daß diese Bewegung nunmehr andere Auswirkungen annehmen wird, nachdem der Gedanke der Patenschaft in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Im Jahre 1928 gab der Ring dem deutschen Volke die Fliegergedenkstätte auf der Altona, im Jahre 1924 schuf er die Möglichkeit, die ersten Hundert deutschen Jungen seit 1918 wieder fliegen zu lassen.

Wer also Platz eines Fliegerjungen werden — genau so leicht wie Einzelvertonen können auch Vereinigungen von Personen eine einzelne Patenschaft übernehmen — und so wieder in enge, lebendige Verbindung mit der heutigen Fliegereltern treten will, oder wer selbst Fliegerjunge zu werden erkennt, aber keinen Patroneneltern kennt, der wende sich an die Geschäftsstelle des Rings der Flieger die das weitere Vorstellen veranlassen wird.

Newyorker Flugwettbewerb.

Bei Teilnahme an dem Wettbewerb für Herstellungspreise in Dayton (Ohio), für den Preise von 70 000, 50 000 und 40 000 Dollars ausgeschaut und, sind in New York ein Holterflugzeug aus Holland angekommen und aus Werne-mühle Ernst Oelkel mit dem Arzlegsflieger Lieutenant Rudolf Mienau, der mit einem nach Helfensfeld deutschen Einwirken von deutschem Ingenieur in Schweden gebauten Aquila-Flugzeug Nr. 17 flog. Mienau segte New York in Erstaunen durch einen Flug vor den amerikanischen Fliegereipaten mit dem Obersten Emerson, wo er zauberhafte Kunststücke im umgekehrten Fluge ausführte. Dabei hat Mienau neue Höhen und Geschwindigkeitsleistungen erzielt. Wahrscheinlich wird das Aquila-Flugzeug den ersten Preis in Dayton gewinnen.

Erinnerung an den ersten Flug der Eddystone Staatsseilbahn.

Dresden. Im Gebäude der Reichsbahndirektion in der Eingangshalle von der Wiener Straße her, wurde am Sonntag vormittag eine Gedenktafel für 1621 getallene sächsische Eisenbahnen enthüllt, welche die Freie Vereinigung Kriegsteilnehmer 1914 bis 1918 der Deutschen Reichsbahn gestiftet hatte. Die Veran-

staltung war von den Herren Oberfinanzrat Dr. Bauer und Eisenbahndirektor Hermisdorf geleitet. An den Au-

gangen und vor dem verhüllten Ehrenmal, das links vom Eingang in die Wand eingelassen ist, hatten die Beamten der Reichsbahndirektion, Vertreter wohl sämtlicher sächsischer Ortsgemeinden und Angehörige Ausschließung genommen. Ein Bläserchor ließ zur Einleitung das „Sei ge-

treu hin in den Tod“ erklingen; dann summte der Ge-

fangenverein der Staatsseilbahndienstbeamten den toten Lied-

raden zur Ehre des „Heilig ist der Herr“ an. Letzter

Kurt Gerlach-Bittau rief der Versammlung in Versen

die Wohnung der Gefallenen zu, ein neues freies Deutsch-

land zu bauen. Nach nochmaligem Vortrag des Bläser-

chors sprach dann Präsident Metzig. In freudiger

Gabe, so erinnerte er, gaben die sächsischen Eisen-

bahnern im Kriege, sei es als Soldaten, sei es im furcht-

bar aufreibenden Dienst auf der Feldseilbahn, sei es

im Dienst daheim ihr Leben für das Vaterland. Im

Mitte ihres Lebens sind sie gestanden, von Lebenskraft

und Lebensmut waren sie erfüllt, jeder trug im Herzen

die schöne Zukunftsvorstellung. Und um so gewaltiger war

dies Geschick, das sie hinwegriß, um so herber fühlen

wir die Summe des Leidens, das so vieler einzelner

Tod über so viele Frauen und Eltern brachte. Und die

Wehmuth gesellte sich zur Trauer. War ihr Opfer ver-

gebens, da der Sieg verklagt blieb? Aber wir können nicht

aussöhnen zu hoffen. Wir fühlen ja noch Volkskraft und

müht, und wir hören die Rete der Geschichte, die von mehr

als einem Volk erzählt, das auch durch Täter des Tam-

mers hindurch mußte, um frei und glücklich zu werden.

Hatten die sittlichen Kräfte, gebändigt und zusammenge-

zogen, in Staatsgefängnis, so geht kein Volk unter.

Wäre diese Weisheit in solchem Sinne ein Gelöbnis in uns enthalten! So rufen die Gefallenen, und wir

wollen's beherzigen: In der Not des Vaterlandes ist deine

Würde deine Pflicht deine Bürgerpflicht.

Die Hilfe sank von der ehrnen Tafel. Eine Fülle

von Gedanken, darunter auch einer von der 4. Division,

wurde darauf niedergeschlagen.

Am Nachmittag schloß sich eine gesellige Ver-

anstaltung in der Großen Wirtschaft an, die Kame-

rad Hermisdorf leitete. Dabei kamen die Angehörigen der

einzelnen Ortsgruppen sich menschlich gemütlich näher.

Darüber von Teilnehmern oder deren Kindern gab es gute Unterhaltung. Von der Direktion waren Geheimrat

Heinhardt, Oberfinanzrat Kübler, Oberbaurat Otto u. a.

erschienen.

Die Barmat-Affäre.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Selten ist wohl ein Fall von der Staatsanwaltschaft mit solchem Elan und mit geradezu himmelstürmendem Eifer und Energie angegriffen worden, wie die Affäre Autokar-Barmat. Seit der Verhaftung Autokars im Dezember ist das Autokarmaterial zu diesen Bändern angewachsen. Auf die Anfangsgröße der weitverwinkelten und sehr verwinkelten An-

gelegenheit noch einmal genauer einzugehen, dürfte sich er-

übrigens erübrigen. Alet wurde der Fall, als die Staatsanwaltschaft rücksichtlos die Preußische Staatsbank und Seehandlung in die Autokar-Affäre einbezog. Es heißtte sehr bald ver-

aus, daß in diesen Instituten öfter merkwürdige Zustände

herrschen müssten. Bei Durchsucht der Autokar-Akten hand

man nämlich sehr bald, daß mehrere leitende Verbindlichkeit

der Staatsbank durch Kreditgeschäfte mit Autokar sehr

schwer belastet wurden. Daraufhin beantragte der General-

staatsanwalt beim Finanzminister die Genehmigung der Be-

schlagnahme der Aktienkasse der Staatsbank, die sich auf

das Konto Autokars und die mit ihm getätigten Geschäfte

bezogen. Das hatte die Verhaftung des Staatsbankdirektors

Dr. Mühlbach zur Folge, der eine ganze Reihe weiterer Ver-

haftungen von leitenden und mittleren Beamten der Staats-

bank und Seehandlung folgte. Der letzte Tag des Jahres

brachte eine weitere Sensation in der Verhaftung der Ge-

brüder Barmat. Durch die Ermittlungen in der Affäre Aut-

okar war die Staatsanwaltschaft in die Seehandlung gekom-

men, und dort bei der Preußischen Staatsbank hat man, über die Untersuchungen Autokars hinausgehend, sich auch die Konten anderer Großgläubiger

hervorgehoben.

Deutschland muß mit allen Mitteln, namentlich mit

dem noch zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen

Möglichkeiten, sein schwer gefährdetes Lebensinteresse

wahren. Die Volkskasse müssen wissen, daß die für den Wie-

benaufbau der Weltwirtschaft notwendige Vertrags sicher-

heit wiederum nicht von Deutschland, sondern von denen

untergraben wird, die es unternehmen, einem tief ge-

schädigten und militärisch ohnmächtigen Lande gegebene

Zusage unter unhalbaren, zur Verschleierung neuen

Brechtes des Vertriller „Vertrages“ zusammengetragenen

Borwänden zu umgehen.

Autokar und Barmat-Konzern.

Borwandsmomente erwuchsen und man besuchte sich genauer mit den Geschäftsbündnissen Staatsbank-Barmat. Von den 40 Betrieben des Barmat-Konzerns konnte festgestellt werden, daß eine ganze Reihe von ihnen, wie z. B. die Berlin-Bürger Eisenwerke, knapp vor der Geschäftsaufsicht standen. Andere wiederum waren dem Bankrott sehr nahe. Trotzdem wurden, dank eines 15 Millionen-Kredits der Staatsbank, bei den Eisenwerken Erweiterungsbauteile vor-

genommen.

So schritt man am 1. Januar zur Verhaftung des Sch.-Oberfinanzrats Dr. Hellwig, sowie des Ministerialdirektors Küpp. Inzwischen haben die Vertreter des Brüder Barmat Haftentlassungsanträge für ihre Mandanten gestellt. Diese wurden damit begründet, daß falls den Anträgen zugesagt werde, eine beschleunigte Deckung der Kredite bei der Staatsbank stattfinden könnte, da die Möglichkeit in den rentablen Betrieben des Konzerns gegeben sei. Aus dem Gesangnis heraus könnten die Vertreter aber nicht so diskutieren, als wenn sie in den Geschäftsräumen die Möglichkeit haben, mit ihren leitenden Verantwortlichen zu konferieren. Einer Haftentlassung der Brüder Barmat wird jedoch in keinem Falle zugesagt werden. Die richterlichen Verhandlungen sind augendlich in vollem Gang, und ist die Staatsanwaltschaft der Ansicht, daß das Material für einen richterlichen Haftbefehl gegen die Hauptbeteiligten vollkommen ausreichend dürfte.

Im Falle Barmat muß man immer wieder beachten, daß es sich um Herausgabe von Staatsgeldern seitens der Seehandlung in sehr bedeutende Beträgen zu einer Zeit handelt, als weder die Industrie, noch die Großbanken auch nur die kleinsten Beträge bekommen könnten, um in der schweren wirtschaftlichen Krise der ernsthaften Industrie und den wirklich kreditfähigen Wirtschaftskreisen überdraupt helfen zu können. Wenn jetzt meldungen erscheinen, wonach die Seehandlung und andere Banken zu einer Stützungsbildung für diese Konzerne zusammengetreten, so erscheint dies sehr wenig glaubhaft.

Der Verband Sächsischer Industrieller zur Verweigerung der Räumung der Kölner Zone.

Dresden. Der Gesamtvorstand des Verband Sächsischer Industrieller beschloß, folgende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die Mitteilungen über die Verweigerung der Räumung der Kölner Zone am 10. Januar hat in den Kreisen der sächsischen Industrie tiefere und allgemeine Empörung verursacht. Denn vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es unverständlich, daß

Bermischtes.

Gefundene Dampfer. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, ist der norwegische Dampfer „Eriban“ in der Nähe der Färöerinseln mit der gesamten aus 25 Mann bestehenden Besatzung untergegangen. Im Außenhafen von Rejkavik ist nach einer Meldung desselben Platze der norwegische Dampfer „Anger Benedicte“ mit einem irischen Frachtdampfer zusammenstoßen und sofort gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Gegen den Habsauer Mörder, den im Glogen in Halt befindlichen Siedlungen Heimre aus Beuthen an der Oder, ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Anklage wegen Mordes erhoben, die sich ausschließlich auf Indizienbeweise stützen muß, da der Täter die furchtbare Mordtat nach wie vor entschuldigt bestritt. Der Prozeß dürfte in der nächsten Schwurgerichtsperiode, die noch in diesem Monat stattfindet, zur Verhandlung kommen.

Die Rache für den Anti-Bubikof. Ein merkwürdiger Ehescheidungsprozeß wurde vor einem Wiener Gericht verhandelt. Ein Privatbeamter hatte die Scheidungsaflage eingebrochen, weil ihm seine Frau auf offener Straße und in seinem Büro Standszenen vertrat. Die Gattin erwiderte auf diese Klage, sie habe ihm die Vorwürfe nur deshalb gemacht, weil er mit einer anderen Frau ein Verhältnis habe und sich dessen sogar rühme. Von seinem Stammheim im Wirtshaus entferne er sich jedesmal mit der Bemerkung: „Ach geh ich zu meinem Puppert!“. Dieses Puppert trage einen Bubikof. Auch von ihr, der Gattin, habe er diese Haartracht verlangt. Sie habe sich geneinert, weil sie diese Mode abgelehnt habe. Als Nachfrage unterhielte er nun das Verhältnis mit einer Frau, die ihm den Gefallen tat, sich einen Bubikof zureitzuschneiden. Das Gericht erklärte die Ehe wegen alleinigen Verschuldens des Käfers für geschieden.

Die Sturmschäden in Frankreich. Den seit drei Tagen über Frankreich wehenden Stürmen sind mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen. Der Sachschaden geht in die Millionen. Besonders schwer sind die Schäden in Nordfrankreich.

Schwimmende Hotelinseln im Ozean. In Verbindung mit den Plänen zur Errichtung einer regelmäßigen Flugzeugverbindung zwischen Paris und Buenos Aires beabsichtigt ein französischer Unternehmer schwimmende Inseln mit allem erforderlichen Hotelkomfort auf dem Atlantischen Ozean einzurichten. Den Passagieren der Fliegerroute soll auf diese Weise Gelegenheit gegeben werden, sich unterwegs auszuruhen. Außerdem ist auch daran gedacht, den Flugbetrieb durch Anlegung schwimmender Zwischenstationen sicherer zu gestalten. Die „Inseln“ sollen luftseitig gebaut werden und jeweils so vor den Wind gelent werden, daß eine Landung der Flugzeuge und Landung unter verhältnismäßig günstigen Umständen möglich ist.

Wie man Karriere macht. In der Newyorker „Saturday Review“ steht die Geschichte eines berühmten englischen Journalisten. Die glänzende Laufbahn dieses Mannes begann so: Er kam als Jungling aus Schottland nach London und fand bei keiner Zeitung eine Stelle finden. In seiner Verzweiflung ging er in das Postamt in der Fleetstreet, um seinem Vater zu schreiben; er wollte Geld haben, um heimkehren zu können. Auf dem Brief des Postamtes sah eine schwarze Karte. Der junge Mann hielt die Karte hin, um sich selbst das Besuchende zu erkennen; siehe da, die Karte lebte die Marke ab, vielleicht erfreut von dem süßen Gedächtnis des Gummis — und der junge Mann, der wirklich das Talent zum Journalisten hatte, schrieb sofort auf ein vorrätig liegendes Formular einen Artikel über die Briefmarkenfälsche, die vom Staat im Postamt Fleetstreet eigens unterhalten werde zur Bequemlichkeit des Publikums. Der Artikel erschien nicht nur, sondern sogleich mächtig ein, das Postamt Fleetstreet war von Reportern und Zeitungsfotographen belagert und von Leuten, die Karriere faulen wollten, der Erfolgsschwein

Er konnte die begonnene Kette nicht vollenden, denn die Komtesse hatte sich mit einer raschen, fast ungestümen Bewegung erhoben und war von der kleinen Erhöhung, auf der sie gesessen hatte, in den Garten hinabgetreten. „Also auch Sie unterscheiden sich nicht von den anderen,“ sagte sie herbe. „Auch Ihnen ist ein Mädchen, dessen Neuzellen Ihnen gefällt, nichts anderes als ein Gegenstand des Verlangens! Wenn ich um diesen Preis aus meiner unwürdigen Lage bestellt sein wollte, hätte ich wahrscheinlich nicht bis zu dieser Stunde zu warten brauchen. Denn man verfolgt mich mit derartigen großmütigen Anwerbungen fast seit dem Tage, an dem ich anfing, mich in der Gesellschaft zu bewegen. Nur von Ihnen — ich gestehe es ganz offen — von Ihnen hätte ich es nicht erwartet.“

„Aber Sie missverstehen mich, Margarete!“ rief er bestürzt. „Ich schwöre Ihnen, daß meine Absichten die reinsten und lautersten sind — daß ich —“

„Dass Sie mich aus lauter Mitleid zuließt vielleicht wirklich heiraten würden,“ fiel sie ihm mit bitterem Saft aus ins Wort. „Wohl, ich will es Ihnen glauben. Aber Sie dürfen trotzdem nicht erwarten, daß ich Ihnen nun voll glühender Dankbarkeit in die Arme sinken werde. Obwohl ich nur ein Weib bin, möchte ich meine Befreiung lieber mir selbst verdanken, und möchte meine Ketten lieber aus eigener Kraft zerbrechen, wenn sie mir in Wahrheit unerträglich geworden sind. Wenn Sie mich für ein Mädchen hielten, das aus Mitleid geheiratet sein möchte, so haben Sie sich in der Beurteilung meines Charakters leider getäuscht.“

Er wollte noch etwas erwidern, aber da tauchte wie aus der Erde gewachsen plötzlich die hagere Gestalt Slawits unmittelbar vor ihnen auf, und mit seinem unbefangen, verbindlichen Lächeln wandte sich der Sohn an Margarete: „Der Graf beunruhigt sich wegen Ihres langen Ausbleibens, Komtesse, und ich wurde von ihm ausgeschickt, mich nach Ihnen umzusehen. — Wollen Sie mir gnädig gestatten, Sie in das Atelier zurückzuleiten?“

Rudolf hoffte, daß sie den Zuhörer mit einem Wort der Ablehnung fortjagten werde. Und für einen Moment sah Margarete wirklich im ungewissen über das, was sie tun sollte. Dann aber nahm sie zum Schmerz des so unzweideutig Abgewiesenen Slawits Arm.

„Ja, lassen Sie uns gehen!“ sagte sie. „Es war ohnedies meine Absicht, zu der Gesellschaft zurückzukehren.“ Sie ging davon, ohne Rudolf ein Wort oder einen Blick zu gönnen. Die Augen des jungen Mannes folgten ihr, bis sich die Sammetportiere wieder hinter ihrer königlichen Gestalt geschlossen. Dann fuhr er sich zweimal mit der Hand über die Stirn, atmete tief auf und ging hochzufrieden, mit festem, aber männlich ruhigem Untergang auf Nimmerwiederkehr zu verlassen.

2. Kapitel.

Vier Jahrhunderte hatte Schloß Hohenlinden gelehnt, und seit vier Jahrhunderten war es der Sitz derselben.

griff ein, zum Schutz der Käfe — und der junge Journalist war ein gemarterter Mann.

Gingesandt.

Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die voreingeschriebene, nicht die ideelle Verantwortung.)

Nach der Abschiedsrede des Herrn Brunnemann vorläufigen Sonntag mukte ich an meinem Geburtstag in der Kirche wahrscheinlich, daß man von Seiten des Kirchenvorstandes für den Schiedsenden ein Dankes- und Abschiedswort nicht übrig hatte. — Uns Kirchengemeindevertretern ist erst durch die Kirchennotizen bekannt geworden, daß es Herrn Brunnemanns Abschiedsrede war. Den Mitgliedern unserer Kirchengemeinde gebe ich bekannt, daß die von mir angekündigte Grödnerin ergeben haben, daß Herr Warmerup Brunnemann erst Sonnabend vormittag (3.1.25) Mitteilung erhalten hat, daß Sonnabend keine lehre und somit Abschiedsrede sei. Wie Kirchengemeindevertreter konnten somit Sonnabend noch von der Anordnung des Herrn Superintendenten Kenntnis erhalten. Trotzdem haben einige Mitglieder der Kirchengemeindevertretung dem schiedenden Geistlichen Dankes- und Abschiedsworte gewidmet.

— Franz Bergmann, Kirchenvorstands-Mitglied.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Verein für Bewegungsübungen Niels-Grobbas (G. G.). Die 2. Elf konnte gegen ASV. 3. Elf im Gesellschaftsspiel am vergangenen Sonntag nur ein 0:0-Schluß erzielen, nachdem das Spiel eine Viertelstunde vor Schluss wegen ungünstiger Witterung vom Schiedsrichter abgebrochen wurde. — **Jugendausbildung.** Dem Jugendbaumeister gelang es, SV. Olching 1. Jugend in Olching glatt mit 3:1 zu schlagen und sich somit zwei weitere wertvolle Punkte zu sichern. VBV. spielte aufwändig und hat den Sieg in jeder Hinsicht verdient. — Nur die 2. Jugend mußte sich mit einem Unentschieden von 1:1 im Verbandspiel gegen „Wacker“-Dahlen 1. Jugend begnügen, obwohl dem Spielverlauf nach der Sieg ebenfalls an die Riesaer fallen mühte. Wg.

Kunden Käufer Kasse

bringt Ihnen das Insorieren im Riesaer Tageblatt.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war gestern die Stimmung in den Anfangsstunden optimistisch bezüglich der innerpolitischen Lage, man hoffte sogar auf eine günstigere Erledigung der Aufwertungsfrage wegen der bevorstehenden Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit Bankenvertretern über technische Aufwertungsfragen. Der Kurs der heimischen Rentenpapiere stieg infolgedessen zunächst ganz erheblich. Kriegsanleihe wurde bis zu 0,910 gehandelt, 3% prozentige Konsole bis zu 1,5. Schufaabschlagsanleihe bis zu 7 Prozent. Dollarbonds zogen auf 90 Prozent an. Auch auf den Märkten der übrigen Wertpapiere war die Stimmung anfangs sehr fehlt, dann aber trat überall, namentlich wegen der durchgefahrene Gerüchte über die schwere Fassung der Rote der Alliierten an Deutschland, eine Abschwächung ein, von der außer den Rentenpapieren, insbesondere die führenden Montanpapiere betroffen wurden. U. a. gaben Phönix bis auf 59%, Gelsenkirchen bis auf 94 nach. Oberhessische Werte konnten sich behaupten, auch Maschinen- und Metallwerte sowie Elektro- und chemische Werte blieben lediglich fest. Die Gesamtstimmung aber war zum Schlusse der Börse überaus schwach. Tägliches Geld wurde zu dem bisherigen Satz angeboten. Am Dienstagmarkt war

Neckenthin. Ein Kurfürst von Brandenburg hatte sich als Jagdschloß erbaut und es später seinem Kämmerer dem Herrn Botho von Neckenthin, zum Geschenk gemacht als dieser ihm einen wichtigen Dienst geleistet hatte. Der neue Besitzer hatte es durch allerlei Anbauten zu einem großen und prächtigen Herrenhaus umgestaltet, hatte durch gute und richtige Bewirtschaftung den Wert der dazugehörigen Wälder und Ländereien gehoben und die Wohlfahrt der der Familie Neckenthin eigenen Dörfer sichergestellt. Die wilde und vernichtende Zeit des Dreißigjährigen Krieges war an dem Schloß im Havelland vorübergegangen, ohne etwas daran zu zerstören, und die Nachkommen Botho von Neckenthin, deren einer in den Grossenstand erhoben wurde, hatten das Ihrige getan, Hohenlinden durch Neubauten und Änderungen zu verschönern und zu verschönern.

Die Station der Eisenbahn war wohl um eine gute Viertelstunde von Dorf und Schloß entfernt. Es pflegte da im allgemeinen gleichzeitig still zu sein; nur an schönen Sommertagen kamen wohl aus des Reiches Hauptstadt Ausflügler herüber, die ein stilleres Revier den bei der großen Masse beliebten Orten vorgezogen. Sonst waren es nur Bauern, die die Erzeugnisse ihres Feldes oder Gartens nach Berlin fuhren und vorher siegig den Wartezaal, ein Loch, dessen Wände mit mehr oder weniger geschmackvollen Plakaten besetzt waren, mit dem Dualum ihrer nichts weniger als wohlrückenden Tabakspfeisen füllten.

Nicht, daß die gräßliche Neckenthinische Familie unangenehm und menschenhök gewesen wäre. Die Besucher des Schlosses Hohenlinden aber pflegten zumeist im Automobil oder in bequemer Equipage zu kommen; die Landstraße von Berlin her war ausgezeichnet, und ein paar flinke Pferde schafften den Weg wohl in drei Stunden. Das war immer noch angenehmer als die einstündige Fahrt in der Vorortbahn, deren zahllose Stationen und sinnige Umwege bei einer Fahrt von zehn oder zwanzig Minuten wohl zu ertragen waren, im Laufe einer Stunde aber recht auf die Nerven fielen.

Um so mehr mußte dem Stationsvorstand der elegant gekleidete Herr auffallen, der am Morgen eines Spätsommertages dem Juge als einziger Passagier entstieg. Er gehörte nicht zu den Leuten, die auf Hohenlinden verkehrten; denn die wenigen Gäste des Grafen, die mit der Eisenbahn zu kommen pflegten, kannte der Herr Stationsvorstand zur Genüge. Der Fremde hatte sich ein paar Augenblicke lang suchend nach einem dienstbaren Geiste umgesehen, der ihm seinen Handkoffer fortsetzen könnte; da sich jedoch niemand blicken ließ, kam er mit raschen, elastischen Schritten auf den Vorstand zu und läutete leicht den Hut.

„Verzeihung — aber könnten Sie mir vielleicht sagen, wo ich jemanden finde, der mir den Weg nach Hohenlinden zeigt und das Ding da? — er deutete auf den Koffer — „hinschafft?“

Der Beamte batte zur Erwiderung des Kreises an die Menge gefaßt.

dass bemerkenswerte Ereignis die feste internationale Lage des englischen Wimdes. — An der Produktionsbörse war das Geschäft in Brotaetriebe wie in Mehl überaus stift. Brot und Getreide wurden nur in guten Qualitäten getragt.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörsen zu Großenhain. Sonnabend, den 8. Januar 1925. Wetter: trübe. Stimmung: sehr. Weizen, bißiger, neu 11,50; Roggen, bißiger, 11,50; Sommergerste 12–13; Brot 8,50–9; Mais (Weiz und Rapso) 12,50; Weizenstroh 4–5; Weizen und Roggenstroh 1,20–1,40; Brotstroh 1,10–1,20; Weizenmehl (70%) 19; Roggenmehl (70%) 18,50; Roggenflocke 8,50; Weizenflocke 8,50; Speiseflocken 2,30–2,60. Die Preise vertheilen sich in Goldmark per 50 Kilogramm.

Dresdner Schlachtwurstmarkt vom 5. Januar. Auftrieb:

1. Rinder: 102 Ochsen, 236 Büffel, 237 Kalben und Kühe; 2. 838 Kühe; 3. 446 Schafe; 4. 1847 Schweine, zusammen 3705 Tiere, davon 141 Rinder und 36 Schweine ausländischer Herkunft.

Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtwurst:

Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete jüngste 48 bis 55 (98), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 46 bis 49 (91), 3. mögig genährte junge, gut genährte ältere 30 bis 43 (87), 4. gering genährte jeden Alters 32 bis 36 (83).

Büffel: 1. vollfleischige ausgemästete höchste 53 bis 55 (98), 2. vollfleischige ausgemästete Kühe und Kalben 30 bis 36 (83), 3. mögig genährte Kühe und Kalben 30 bis 36 (83), 4. gering genährte Kühe und Kalben 30 bis 36 (83).

Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchste Schlachtwurst 53 bis 54 (96), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwurst bis zu 7 Jahren 46 bis 49 (91), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 39 bis 43 (91), 4. aus genährte Kühe und mögig genährte Kühe und Kalben 30 bis 36 (83), 5. mögig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 20 bis 26 (83).

Rinder: 1. Doppellende 2, Beste Wahl und Saufkalber 25 bis 27 (123), 2. mittlere Wahl und alte Saufkalber 25 bis 27 (117), 3. geringe Rinder 50 bis 64 (11 bis 116).

Schafe: 1. Rostämmere und jüngere Rostämmere 40 bis 46 (88), 2. ältere Rostämmere 38 bis 40 (87), 3. mögig genährte Schafe und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 74 bis 80 (101), 4. Rostschweine 81 bis 84 (103), 5. Fleischige 72 bis 75 (98), 6. gering entwickelte 60 bis 68 (91), 6. Saue und Über 60 bis 64 (83). Die Preise sind Marktpreise für nächster gewogene Tiere und sämtliche Speisen des Handels ab Statt für Frachten, Märkte und Verkaufsstätten, Umfahrer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stattpreise. Lieferstand: 14 Büffel, 22 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern mittel, in Büffeln langsam, in Schafen und Schweinen mittel.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 5. Januar. Getreide und Getreiflasche pro 1000 kg kostet pro 100 kg:

(An Goldmark der Goldanleihe oben in Rentenmarkt.)

Weizen: märkischer 234–240, pommerscher —, Roggen, märkischer 229–234, mecklenburgischer —, westpreußischer —, Gerste, Rüttigergerste 200–214, Sommergerste 263–280,

Brot: märkischer 175–185, pommerscher 165–175, westpreußischer —, Mais, loco Berlin —, Baggerseel Hamburg 219–221, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac (keine Waren über Rot) 22,50–35.

Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac 32–35.

Weizenflocke, frei Berlin 15,75–15,80.

Roggenflocke, frei Berlin 14,75–14,80. Napf 400. Reinfall 420–425.

Vitisia-Geben 29–31, kleine Speise-Geben 21–22, Butter erhöht 19–20. **Butterflocken** 15–16. **Auerbohnen** 19–20.

Widen 16–17,50. **Lupinen**, blaue 11,50–13, gelbe 15–16.

Terradella alte 10–12, neue 16–17. **Maystullen** 17,70–18.

Leinluchen 25,50. **Tratschenschnigel** 9,60.

Wollwerte —. **Tortenflocke** 30/70 9,50–10. **Kartoffelflocken** 19,40–19,50.

An der Spitze stehen Krügerol-Katarrh-Bonbons

mit dem antiseptisch wirkenden Zusatz.

Gewiß! — Wenn Sie sich einen Augenblick gedulden wollen — einer der Arbeiter wird wohl entbehrliebig sein. — Ich vermisse, Sie wollen zum Schloß?

Der Fremde lächelte ein wenig.

„Ich bin zwar des Schlosses wegen gekommen, gestehe mich jedoch zunächst ins Dorf zu begeben,“ erwiderte er etwas orakelhaft. „Wenn ich mir gestatten darf, Sie um eine Auskunft zu bitten? — Ich werde nämlich gestört sein, mir im Ort ein Unterkommen zu suchen. Gibt es da wohl ein leidliches Wirtshaus, in dem man eine Stube zum Alleinbewohnen haben kann?“

„Zum —?“

„Ich meine, wo man sicher ist, keine Mitbewohner aus dem Tierreich zu haben.“